

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1925

8 (10.1.1925)

Volkshfreund

Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens

Mit den Wochenbeilagen „Die Nußstunde“ und „Volk und Zeit“ (mit Bildern)

Bezugspreis: halbjährlich 1.— M mit 90 3 ohne Zustellung. Einzelpreis 10 3, Samstags 15 3. — Anzeigen: die einpaltige Spaltenzeile 20 3, auswärts 25 3. Reklamen 80 3. Annahmeschluss 8 Uhr vormittags. Ausgabe: Donnerstags mittags. Geschäftsstelle: n. Redaktion: Luitpoldstr. 24. Fernsprecher: Geschäftsstelle Nr. 128; Redaktion Nr. 481. Schriftleitung: Georg Schöpflin; für die Redaktion verantwortlich Hermann Kadel; für den Anzeigenteil Gustav Krüger. Druck und Verlag von G. E. & C. o., sämtliche in Karlsruhe.

Dr. Marx gibt sein Mandat zurück

BR. Berlin, 9. Jan. Amtlich. Die Beschlüsse bei der Reichstagsaktion der Deutschen Volkspartei ergaben, daß sie sowohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett, wie auch gegen das durch Staatssekretäre ergänzte bisherige Kabinett in schärfster Opposition treten würde. Da der Reichstanzler unter diesen Umständen die Möglichkeit der Regierungsbildung durch ihn nicht mehr gegeben sah, gab er heute nachmittag den ihm erteilten Auftrag dem Reichspräsidenten zurück.

Aus parlamentarischen Kreisen wird mitgeteilt, daß der bisherige Reichstanzler Dr. Marx gegen 16 Uhr gestern abend dem Reichspräsidenten den Auftrag zur Kabinettsbildung endgültig zurückgegeben hat. Der Entschluß des Reichstanzlers Marx, seinen Auftrag zur Regierungsbildung zurückzugeben, ist zur Reife gelangt, nachdem die Deutsche Volkspartei erklärt hat, daß sie sowohl gegen ein aus Zentrum und Demokraten gebildetes Kabinett wie auch gegen den Fortbestand des jetzigen Kabinetts unter Ergänzung der Staatssekretäre die schärfste Opposition machen werde. Nachdem auch die bayerische Volkspartei und die Wirtschaftspartei sich abnehmend verhalten hat und auch Dr. Luther erklärt hat, in einem nur durch die Staatssekretäre ergänzten Kabinett nicht verbleiben zu wollen. Es wird angenommen, daß Finanzminister Dr. Luther mit der Kabinettsbildung beauftragt werden wird.

So, jetzt sind wir so weit wie vorher. Es konnte nicht anders kommen, nachdem die letzten Hüllen gefallen sind und das Ziel immer klarer geworden ist, das die Deutsche Volkspartei verfolgt. Die Streikmänner sind so innig mit dem deutschen Nationalen Bruder verbunden, daß sie auch eine Regierung der Mitte nicht unterstützen können. Dr. Luther soll jetzt die Sache machen, von dem man hofft, daß er die Unterstützung aller nichtsozialistischen Parteien erhält.

Gut, das Ziel ist jetzt klar und das Gesichtsfeld offen. Es wird sich zeigen, welcher Richtung es gelingen wird, die Führung der Republik an sich zu reißen. Wir sind keinen Augenblick im Zweifel darüber, wer schließlich die Regierung wird. Die Republik und die parlamentarische Demokratie werden bestehen, weil es nichts anderes gibt, wodurch sie ersetzt werden können, darum werden sie auch in diesem Kampfe siegen, der jetzt mit aller Schärfe begonnen hat. Die Koalition der Mitte, die schwarz-weißen Bürgerblock — so steht die Entscheidung.

Die Sozialdemokratische Partei hat verschiedentlich ihren Standpunkt bekanntgegeben. Sie verlangt, daß jetzt einfach zur Tat geschritten werden muß. Die auf dem Boden der Verfassung stehenden Parteien müssen sich jetzt erklären und sich auflösen, erneut auf dem Boden der Weimarer Koalition eine Regierung anzutreten. Geht das nicht und kommt der Bürgerblock, gut, die Sozialdemokratie wird ihren Mann stehen und mit nahezu 8 Millionen Wählern sich nicht vor ihm ducken. Sie wird eine Bürgerblockregierung mit allen ihren Geboten stehenden Mitteln bekämpfen und in der Opposition die Politik der schwarz-weißen Staatsfeinde dem Volke vor Augen führen.

Der „Vorwärts“ zur Lage

Berlin, 10. Januar. (Eigener Funddienst.) Zur Lage der Regierungsbildung schreibt der „Vorwärts“: Die Sozialdemokratische Fraktion hat durch Beschluß fundiert, daß sie die Wiederherstellung der Koalition von Weimar als den gegebenen Ausgangspunkt der vorliegenden Lage betrachtet. In diesem Beschluß hält sie fest mit allen Konsequenzen, die sich daraus ergeben, wie ist bereit, jeden Schritt zu tun, der mit einiger Aussicht auf Erfolg getan werden kann, um in der deutschen Republik eine republikanische Regierung zu Stande zu bringen.

Sie wäre bereit gewesen und ist auch heute noch bereit, eine republikanische Regierung zu unterstützen, der sie nicht angehört. Eine solche Regierung war denkbar, als eine solche von Zentrum und Demokraten unter der Führung des Zentrum, und ist auch heute noch denkbar als eine Regierung von Demokraten und Zentrum unter der Führung der Demokraten. Die Sozialdemokratie hat sich, obwohl die stärkste Fraktion des Reichstags, und die stärkste Partei der republikanischen Parteien, wahrhaft nicht vorgebeugt. Sie hat nicht nach Art der Deutschen Nationalen die Türen der Ministerien Tag und Nacht belagert, um den Wozel zu erpähen, wo sie hinein schlüpfen könnte. Sie hat nicht durch unzeitgemäße Aktivität die Entziehung einer republikanischen Regierung — auch ohne ihre Beteiligung — gefährdet oder verhindert. Das republikanische Deutschland würde es nicht verzeihen, wenn die republikanischen Parteien entzweit, matt und mühsam zusehen würden, wie alles zur Reaktion hinuntergleitet. Es wird sich mit verstärktem Mut und neuer Begeisterung den Parteien, oder der Partei zuwenden, die in der Stunde der Gefahr die Republik nicht im Stich läßt. Wofür und für wen können aber die Wähler kämpfen, wenn die Gewählten nicht kämpfen wollen? Die sozialdemokratische Partei ist bereit und entschlossen, für die Republik zu kämpfen in der Regierung, oder wenn Zentrum und Demokraten sich ihr versagen, in der Opposition.

reich mit seiner neuen Militärorganisation. Morakisch besteht eine Gefahr nur, wenn die Kräfte, von denen eine solche Bedrohung ausgehen könnte, neuerdings gestärkt würden. Das geschieht durch das Verfahren der alliierten Regierungen. Die Nichträumung sei also auch unfähig zu nennen. Das Vorgehen der Alliierten besteht auch im Gegensatz zu der mit dem Genfer Protokoll benannten Entwürfen.

Krefeld, 10. Jan. Die Industrie- und Handelskammer nahm eine Entschließung zur Räumungsfrage an, in der auf die schweren Sorgen und Erregungen hingewiesen wird, die die angekündigte Verlängerung der Besetzung im besetzten Gebiet und in der deutschen Bevölkerung überhaupt hervorruft. Deutschland habe bewiesen, daß es zur ehrliehen Mitarbeit bei allen Angelegenheiten, die im Zusammenhang mit dem Sachverständigenautachten stehen, bereit ist. Es erfüllte ausbrüchlich seine Mitwirkung bei der Militärkontrolle. Von der deutschen Regierung wird erwartet, daß sie die alliierten Regierungen unverzüglich in Kenntnis setzt von der sich aus der sich bildenden starken Erregung, auf daß noch in letzter Stunde ein Rückfall in frühere Methoden der Politik unterbleibt.

Bonn, 9. Jan. In der ersten Jahres Sitzung der Industrie- und Handelskammer Köln nahm der Vorsitzende Geheimrat Dr. Kautz das Wort zu einer Ansprache, in der er klammerten Protest dagegen erhob, daß das Gebiet der Kölner Zone zum Sontionsgebiet unserer früheren Feinde erkläre. Die Arbeitskraft und die Arbeitsfreude müsse erlahmen unter so schweren moralischen Qualen, wie sie die Nichterfüllung der in Aussicht genommenen Befreiung von fremder Besetzung, die wir zu erwarten voll berechtigt waren, mit sich bringt.

Das Reichstagspräsidium beim Reichspräsidenten

Berlin, 9. Jan. Bei dem heutigen Empfang des Reichstagspräsidiums beim Reichspräsidenten, woran Loeb, Dr. Bell, Dr. Nieber teilnahmen, während u. Graf Thüringen fernabblieben war, sprach der Reichstagspräsident Loeb die Hoffnung aus, daß durch die baldige Bildung der Regierung dem Reichstag eine ersprießliche Arbeitsmöglichkeit geboten werden möge, da es gerade jetzt dringender sei, daß der Reichstag an seine Geschäfte gehen könne.

Der Reichspräsident erwiderte darauf mit dem Ausdruck der Hoffnung, daß die Regierung am Samstag gebildet werde. — Am Nachmittag machte der Reichspräsident dem Reichstagspräsidium einen Gegenbesuch im Präsidialgebäude.

Das Verhalten des Abg. Graf Thüringen steht im Widerspruch mit dem Verhalten der Abg. Wallraf und Dietrich bei den früheren Anlässen als Präsidenten und Vizepräsidenten des Reichstags, die damals beim Empfang des Reichspräsidenten zugegen gewesen sind. Das Verhalten Graf Thüringens ist so recht unsere politischen Zustände.

In Sachen Abtrennung der Stadt Saarlouis

Saarlouis, 10. Jan. In einem Schreiben der Stadtverordneten von Saarlouis, das an Herriot und zugleich an den Präsidenten der Regierungskommission des Saargebietes gerichtet ist, heißt es, es werde mit Genugtuung zur Kenntnis genommen, daß die seit Monaten im Saargebiet umlaufenden Gerüchte von dem Plane einer Abtrennung der Stadt Saarlouis unrichtig seien. Da Ministerpräsident Herriot versichere, daß diese Gerüchte jeder Grundlage entbehren, so dürfe man annehmen, daß die früheren französischen Pläne von der Herstellung der Grenze von 1814 endgültig aufgegeben worden sind. Es werden in dem Schreiben eine Reihe von Äußerungen privater und offizieller Persönlichkeiten angeführt, die die Befürchtungen der Bevölkerung von Saarlouis hervorgerufen haben, so vor allem die Behauptung Tardieu von dem im Saargebiet lebenden 150 000 Saarfranzosen. Das Schreiben betont schließlich, daß die Eingaben der Stadtverordneten von Saarlouis wenigstens das eine Gute gehabt hätten, daß sie nunmehr Klarheit und Beruhigung in dieser Angelegenheit geschaffen haben.

Die deutsch-italienischen Verhandlungen

Rom, 10. Jan. (Eig. Funddienst.) Die deutsch-italienischen Handelsvertragsverhandlungen sollen am Freitag nach zu einem Abkommen über den modus vivendi führen, da am 10. Januar sonst ein vertragsloser Zustand besteht. Die Verhandlungen dauern zur Stunde noch an.

Wieder ein Todesurteil in Abwesenheit

Leipzig, 10. Jan. Das Kriegsgericht für die Provinzen Mittell und Thüringen verurteilte den deutschen Generalmajor v. d. Eich wegen angeblich in Krons begangenen Kriegsverbrechens in Abwesenheit zum Tode.

Erdbeben

Basel, 9. Januar. Im Juragebiet Saignerolle und Clemond wurde heute Freitag früh um 4.30 Uhr ein Erdbeben verspürt, von dem gleichen Stärke wie der zweite Erdstoß des 8. Januar. Die Bevölkerung wurde aus dem Schlafe geschreckt. Schaden wurde jedoch keiner angerichtet.

Gegen Unrecht und Gewalt

Protestkundgebung im preussischen Landtag gegen die rechtswidrige Verlängerung der ersten Zone

Berlin, 9. Jan. In der heutigen Sitzung des preussischen Landtages verlas Präsident Bartels ein Protesterklärungs gegen die rechtswidrige Verlängerung der Besetzung des altbesetzten Gebietes im Westen. In der Erklärung, die wiederholt mit Beifallskundgebungen begleitet wurde, heißt es:

Die Alliierten haben mit ihrem Beschluß dem Empfinden des deutschen Volkes einen starken Schlag versetzt, und die Hoffnung, jetzt endlich zu einer Konsolidierung der Verhältnisse zu kommen, erschüttert. Der preussische Landtag schließt sich am Abend des Tages, der ganz Deutschland mit Trauer erfüllt, dem Protest der Reichsregierung vollständig an.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Braun das Wort zu folgender Rede: Die preussische Staatsregierung schließt sich den Erklärungen des Herrn Landtagspräsidenten, hinter denen die überaus große Mehrheit des Hauses steht, vollständig an. Auch sie ist der Ansicht, der schon die Reichsregierung Ausdruck gegeben hat, daß allgemein gehaltene Ängsten und Besorgnissen nicht genügen, um eine Maßnahme von solcher Tragweite zu rechtfertigen, wie sie die Räumung der ersten Zone des Rheinlandes darstellt. Selbst, wenn vieles von dem bewiesen werden könnte, was in der Rate der Befehlshaber angedeutet und behauptet wird, so würde es nicht ändern an der unbestreitbaren Tatsache, daß Deutschland erzwungen ist und den Sinn des Versailler Vertrages erfüllt hat. Die Durchführung dieser Aufgabe war um so schwieriger, als sie im ständigen Kampf mit den Empfindungen eines starken und lebenskräftigen Volkes erfolgen mußte, das vergeblich darauf wartet, daß auch die anderen Staaten ihrem Versprechen gemäß mit der Abrüstung begähnen. Der militärischen Gefährdung Frankreichs, das heute über die stärkste Armee Europas und über alle technischen Hilfsmittel der Neuzeit verfügt, kann ernsthaft auch aus den behaupteten, bisher jedoch noch nicht bewiesenen Verfehlungen nicht hergeleitet werden. Die preussische Staatsregierung sieht sich genötigt, all dies mit besonderem Nachdruck zu betonen, weil es wieder einmal die schwergeprüften Rheinländer sind, die die härtesten Folgen und Lasten aus der wider Erwarten fortwährenden Besetzung zu ertragen haben. Immer wieder ist es diese eine Frage, dieser älteste deutsche Kulturboden, sind es die in Opferwilliger Treue an Preußen und dem Reich hängenden Rheinländer, die den Tag wieder hinausgeschoben sehen zu dem sie in Freiheit leben können. Die preussische Regierung aber — das ist eine Selbstverständlichkeit, die kaum noch einer Erwägung be-

die rechtswidrige Verlängerung der ersten Zone

darf — wird alles, was in ihrer Kraft steht, tun, um das Los der betroffenen Bevölkerung zu lindern. Sie wird bestrebt sein, die Reichsregierung mit allem Nachdruck zu unterstützen, im Wege der Verhandlungen die baldige Räumung der ersten Zone und mit ihr auch des widerrechtlich besetzten Ruhrgebietes zu erreichen. Der Ministerpräsident (schlo): Dieses Ziel ist aber nur zu erreichen, wenn sich der dabei in unserem Volk und die Uneinigkeit, die sich in so widerwärtiger Weise zeigen, überwinden werden und wenigstens in dieser Schlußfrage eine Einheitsfront des ganzen Volkes hergestellt wird. Nach Erledigung der Tagesordnung vertagte sich der Landtag auf den nächsten Mittwoch zur Entgegennahme der Regierungserklärung.

Erklärungen des Außenministers

Berlin, 9. Jan. Im Verlaufe seiner Ausführungen im Auswärtigen Ausschuss des Reichstags gab Stresemann eine ausführliche Darstellung der politischen und handelspolitischen Lage und erläuterte im Zusammenhang damit die Frage der Räumung der Kölner Zone. Die Ausführungen des Ministers waren vertraulicher Natur. Wie aus parlamentarischen Kreisen verlautet, betonte der Minister besonders die Tatsache, daß die angeblichen deutschen Verfehlungen in der Entwaffnungsfrage von den Alliierten nur angedeutet worden seien. Der Minister wies auf das große Mißverständnis hin, das zwischen der angeblichen Nichterfüllung von Vereinbarungen in der Entwaffnungsfrage und der daraus resultierenden Entente gezogenen außerordentlich harten Folgerung der Nichträumung der Kölner Zone besteht. Angesichts der unzweifelhaften Tatsache der durchgeführten Entwaffnung Deutschlands entspräche eine solche Handlungsweise keiner objektiven und lokalen Auslegung des Artikels 429 des Versailler Vertrages.

Weitere Kundgebungen

Berlin, 10. Jan. Das Präsidium der Deutschen Liga für den Völkerverbund beschloß in seiner gestrigen Sitzung eine Kundgebung, in der gesagt wird, daß die Maßnahmen der Alliierten in der Räumungsfrage im größten Mißverhältnis stehen zu den behaupteten Verfehlungen. Militärisch könne Deutschland kein anderes Land bedrohen, am wenigsten Frank-

Wirtschaftspolitische Wochenschau

In der sensationellen Seehandlungsaffäre laufen neben den kriminellen Vergehen Momente, die man getrost als volkswirtschaftliche Todsünden bezeichnen kann. Die Staatsanwaltschaft in Berlin kümmert sich nur, ähnlich wie die Magdeburger Richter im Ebert-Prozess, um die kriminelle Seite der Angelegenheit. Hier wird erst der kommende Riesenprozess Klarheit darüber bringen, wie die Kredite an die Kutister und Barmats und viele andere, deren Namen wir dann vielleicht erfahren oder auch nicht erfahren werden, zustande gekommen sind und inwieweit sie dem Strafrichter Anlaß zum Einschreiten geben. Nicht sagen wird uns die Justiz, wie überhaupt die Millionen von Steuergroschen gerade in der kritischen Zeit der Marktstabilisierung in die Hände von Spekulanten gegeben werden konnten. Dazu führt sich die Justiz von heute nicht verpflichtet. Hier, wo es sich um ein Ereignis von historischer Bedeutung handelt, laßt das Vakuum der Anarchie kapitalistischer Wirtschaftsordnung, raßt der Zufall und die Willkür, fehlt eben der Paragraph, der verpflichtet: ihn, den Beamten, der Geld ausleihen durfte und Geld auslieh, und den Richter, der an Hand eines unbegreiflich wirtschaftsfremden Staatsgesetzbuches zu kontrollieren hat, ob diese Kredite als solche Vergehen oder Verbrechen waren.

Ohne Zweifel befindet sich die Staatsanwaltschaft mit der Paragrafenfammlung in Uebereinstimmung, wenn die Voruntersuchung gegen Jakob Michael eingestellt wurde. Erhaben hat der kaum dreißigjährige, der größte Deflationsgewinnler aller Zeiten, der in der knappen Spanne Zeit von der Papier- zur Rentenmark Milliarden gewann, im Rahmen des Gesamtproblems mehr zu bedeuten, als Leute vom Schlage Kutisters, der sich mit lumpigen 14 Millionen begnügte. Michael hatte im kritischen Moment das meiste Geld in Deutschland in der Hand, das ihm Reichsinstitute gaben. Gegen ihn sind die Barmats Zuerge. Aber Michael, der sich in seiner Schweizer Kur nicht stören läßt, zahlt zurück; er hat die Sache geschickt eingedekelt; die Bucherzinsen haben ihn ja zu dem reichsten Mann Deutschlands gemacht.

In diesen Bucherzinsen kann die Staatsanwaltschaft nichts erblicken, trotzdem Laiende in Deutschland das Gefühl haben, von Michael ausgezogen und ausgeplündert worden zu sein. Die Staatsanwaltschaft befindet sich, wie gesagt, in Uebereinstimmung mit der Paragrafenfammlung. Jede Bank, vom Winteler bis herauf zur D-Bank, hat dieselben Zinsätze gefordert und genommen, selbst die preußische Seehandlung. Ganz recht, aber hier liegt eine der volkswirtschaftlichen Todsünden: das System, einen Diskontsatz monatelang zu dulden, der für den tibetanischen Sammelhandel paßt und nicht für ein Industrieland, wie es Deutschland ist. Hier gibt es keinen Richter. Es ist auch alles korrekt. Es war ja auch nur ein Zufall, daß Michael und seine Mitspieler, denen es egal ist, mit welchem Tipp sie ihre Millionen hereinbrachten nicht gegen die Stabilität der Rentenmark tippten.

System! Kapitalistische Wirtschaft! Charaktere vom Schlage Sinnes dürfen ungefragt ganze Wirtschaftsentwicklungen aufs Spiel setzen. Sie riskieren höchstens einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß, der ungefähr so wie die Staatsanwaltschaft verfährt. Man will den Bald vor lauter Bäumen nicht sehen: Schacht betont jeden zweiten Tag die Notwendigkeit der Senkung des Brunddiskontsatzes. Unsere Wirtschaft kann die tibetanischen Zins- und Buchermethoden nicht ertragen. Schadet alles nichts. Die Staatsanwaltschaft ist genügend beschäftigt, Kutister und Barmat zu verbrennen. Also wird weiter gemischelt.

Die Lebensäußerung des modernen Kapitalismus ist eben Anarchie und Willkür. Anders läßt sich die gegenwärtige Wirtschaftsentwicklung mit ihren schroffen Gegensätzen und Auswüchsen aber nicht verstehen. Ist aber der Fall der Seehandlung eine der Regelmäßigkeiten in der vernunftwidrigen Planlosigkeit eines nationalen Kapitalismus, so können die Komplikationen in den deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen und der Streit um die Raumung der Kölner Zone auch nur als Ausbruch kapitalistischer Interessenstreits betrachtet werden. Er ist allerdings von riesiger Dimension, weil hier ein Kampfplatz in Frage kommt, in dessen Hintergrund der imperialistische Kampf um den Warenmarkt steht. Wertwüchtig, wie geschickt der Imperialismus seine Kulisien setzt! Die deutsch-französische Handelsfrage soll rein wirtschaftlicher Natur sein und doch beschuldigen sich die Kontrahenten hüben wie drüben, Politik in das streng händlerisch sein sollende Mittel hineintragen zu wollen. Andererseits gilt die Kölner Frage als rein politisches Problem: Kur wehren sich selbst die naivsten Gemüter dagegen, glauben zu sollen, daß die Verlängerung der Besetzungsfrist in angeblichen Verfehlungen Deutschlands gegen den Vertrag der Engländer nicht durchaus handelspolitisch ist, die mit Textileinfuhren nach Deutschland und Eisenartillerieplänen mehr zu tun hat, als mit aufgefundenen Schießproben in Wittenauer Fabriken. In Wirklichkeit ist ja der durchaus imperialistische Kampf um den deutschen Absatzmarkt für alle diese Fragen von der gleichen Bedeutung, wie einst bei der Okkupation des Ruhrgebietes durch Poincaré. Auch er wollte seine Faustpänder nicht ohne eine Regelung der Marktfrage herauszücken, wollte also das, was Franzosen und Engländer heute tun. Die Gefahr der gegenwärtigen Situation liegt gerade darin, daß sich in all diesen Problemen Politik und Wirtschaftsinteressen unterirdisch schneiden.

Dabei ist zu bedenken, daß die Drähte hüben und drüben von einem Kapitalismus gezogen werden, der nicht davor zurückschreckt, Europa von neuem anzuzünden. Nach immer hat in der Weltgeschichte, wo es sich um Handel handelt, der kapitalistische Egoismus ein frivoles Spiel mit den Völkern getrieben. Auch heute bedroht dieselbe Wirtschaftsform Westeuropa mit neuem Brand, wobei Deutschland, das nicht wirtschaftliche Lebensnotwendigkeiten preisgeben will und nicht die Warenausfuhr anderer Länder differen-

zieren kann, wodurch es wirtschaftlich Sarafiri ausüben würde, sicherlich gegen seinen Willen in den Mittelpunkt der Ereignisse gerückt wird.

Als ein Manko von historischer Bedeutung hat sich sicherlich bei der Entwicklung der Dinge das Fehlen von Regierungen erwiesen, die gegen die Wirtschaftsinteressen immun sind. Dieses Manko ist ebenso in Erscheinung getreten, wie das Fehlen des wichtigen Wirtschaftsfaktors der Gewerkschaften in den Verhandlungsdelegationen. Gerade die Gewerkschaften hätten einen Ausgleich der Differenzen einleiten und durchführen können. Das Anerkennen heißt aber schon, einen drohenden Tarifkrieg in Westeuropa von dem Standpunkt betrachten, daß die Arbeiterklasse aller bedrohten Länder die Zehne zu bezahlen hat und deshalb eine Initiative der Opfer eines unmaßlichen Zöllnertages zu seiner Abwendung notwendig ist. Die gemeinsamen Besprechungen zwischen den deutschen, französischen und belgischen Gewerkschaften haben dazu den richtigen Weg gewiesen.

Etwas von der deutschen Justiz

Aus Ettlin wird uns geschrieben: Unter der Auflage des Landfriedensbruchs standen am Mittwoch zehn Arbeiter und eine Frau aus Falkenburg in Rommeln vor dem Großen Schöffengericht in Stuttgart. Am ersten Pfingstfesttag 1923 beging die Gruppe des Arbeiterkampfvereins „Solidarität“ Falkenburg ihre Bannerweihe. Aufstehend vor an diesem Tage die Haltung der Polizei. Auf der Umgebung waren politische Hilfskräfte herangezogen worden. Auch der „Jungtürme“ trat nach auf den Plan. Die Arbeiterführer und Teilnehmer wurden aber ermahnt, sich durch keine Provokationen zu unüberlegten Taten hinreißen zu lassen. Das Fest verlief auch ohne Störung. Am Abend sollte die Falkenburger Arbeiterjugend, die auf einer Tagung in Neustettin weilte, von der Bahn abgeholt werden. Dort hinter dem Zuge der Arbeiterführer marschierten die „Jungtürme“, selbstverständlich gelächelt. Vor dem Bahnhof drängte sich die Menge und der Führer des „Jungtürms“, ein gewisser Lindemann, der aber seinerzeit unter dem falschen Namen Freiberger v. Saltschlag-Romberg aufgetreten ist und im Oktober 1923 wegen Urkundenfälschung und Unterschlagung ins Gefängnis wanderte, rief nun: „Weg frei oder ich mache von meiner Waffe Gebrauch!“ Darüber geriet die Menge in große Empörung, in deren Auswirkung es hier und da zu kleinen, unbedeutenden Zusammenstößen kam. Der „Jungtürm“ mußte das Feld räumen. Einige dieser Helde wurden Dolch, Gummihäupter (!) und andere Waffen (!) abgenommen.

Die Verhandlung ergab keine Anhaltspunkte für eine Anklage wegen Landfriedensbruchs. Der Zeuge, ehemalige Jungtürmführer Lindemann, gab keine Auskunft zu, er will jedoch nicht mit einem Revolver, sondern mit einer Tabakspfeife gedroht haben. Ein anderer Zeuge will behaupten den Revolver bestimmt gesehen haben auf Bedrohung, teils auf schwere oder leichte Körperverletzung. Ingesamt wurden wegen dieser angeblichen Delikte mehr als 18 Monate Gefängnis ohne Bewährungsfrist verhängt.

Diese Strafen werden nur „verbühlich“, wenn man die wohl einzig dastehende Urteilsbegründung liest, in der es u. a. heißt: Geldstrafen können nicht ausgesprochen werden, weil diese von den Parteien bezahlt würden. Es müße endlich jeder seine Handlung verantworten. Bewährungsfrist könne aus diesem Grunde auch nicht gewährt werden. Die Arbeiter hätten kein Recht, sich darüber anzujagen, wenn junge Leute militärisch geübt würden. Es wäre besser, als wenn sie mit den Händen in den Hosentaschen herumlaufen. Spaten und Ackerdolche seien keine Bewaffnung. Ebenso hätten Arbeiter kein Recht, Personen nach Waffen zu untersuchen. Das sei Sache der Behörden. Wenn das Vieh „Siegeisch“ wollen wir Franzosen schlagen“ geäußert wurde, so sei es unangehörig, daß dies noch mal in Erwähnung gehen möge. (!)

Die merkwürdige Urteilsbegründung sagt alles, sodas jeder Kommentator überflüssig erscheint.

Braunschweig unter schwarz-weißem Regime

(Von unserem Korrespondenten.)

Das kleine Land Braunschweig hat seit der Revolution stets Regierungen gehabt, in denen die Sozialdemokraten, teils allein, teils mit linksstehenden bürgerlichen Parteien, vertreten waren. Die Landtagswahl am 7. Dezember brachte eine Rechtsblock-Regierung, trotzdem die Sozialdemokratie gegenüber dem Reichstagswahl im Mai einen Stimmenzuwachs von 28 Prozent haben konnte. Der bisherige, vor drei Jahren gewählte Landtag setzte sich zusammen aus 24 Rechtsparteilern, 29 Sozialdemokraten, 6 Demokraten und einem Kommunisten. Die Regierung bestand aus drei Sozialdemokraten und einem Demokraten und hatte mit 35 von 60 Abgeordneten eine genügende Mehrheit hinter sich. Im neuen Landtag, der nur 48 Abgeordnete zählt, hat die Sozialdemokratie 19 Sitze; die Demokraten besitzen nur noch 2. Die Kommunisten, die gegenüber der Rainald 40 Prozent Stimmen eingebüßt haben, sind ebenfalls nur durch zwei Abgeordnete vertreten. Die alte Koalition ließ sich also nicht mehr aufrechterhalten. Dabei wurde von bisherigen Regierungen und nicht zuletzt von der Koalitionsregierung der letzten Jahre, erhebliche Arbeit für das Land Braunschweig geleistet. Erfolgreiche Mittel wurden für die Schule ausgedevorfen (Braunschweig hat ein vorzügliches neues Schulbuch, in dem u. a. Marx und Webel angeführt sind). Die Regierung hat von einem Leberabbaub abgesehen und den Beamten den Achtstundentag erhalten. Grund- und Gewerbesteuer waren gerecht gesteuert. Eine Entlastung der Hauszinssteuer nach sozialen Gesichtspunkten scheiterte am Einpruch des Reichsfinanzministers, den die Schwarz-Weiß-Blöcker ablehnten. Eine schwere finanzielle Verletzung droht dem kleinen Lande aus den Forderungen des ehemaligen Fürsten. Dieser, Weisenprozess und Schmeigerjohn Wilhelm II. verlangt nicht weniger als 44.000 Morgen besten Boden nebst Domänen, außerdem das Landesmuseum, die Bibliothek in Wolfenbüttel usw.

Der neue Landtag war am 23. Dezember zum erstenmal zusammengesetzt; bereits am Weihnachts-Abend war die neue Regierung des Rechtsblocks am Ruder. Von einem Regierungsprogramm ist allerdings bis heute noch nichts zu hören. Aber die neuen „Bismarcker“, ein ablicher Rittergutsbesitzer, ein Oberregierungsrat und ein Regierungsrat, haben sich vom ersten Tage an bereits eifrig betätigt im Aufbau sozialdemokratischer Beamten. Dem bisherigen Personalreferenten im Ministerium, Genossen Mühlentanz, unterband man die Tätigkeit, indem ihm ein anderer Beamter vor die Nase gesetzt wurde; der Landeshauptmann und Leiter des höheren Schulwesens, Genosse Dr. Stöckel, wurde sofort beurlaubt, Stadtmagistratmeister wurden wegen ihrer Tätigkeit im Reichsbanner sofort entlassen. Triebfeder für diese Politik des Ausäuserns der Sozialdemo-

kraten und Republikaner ist der „Stahlhelm“, der sofort nach der Wahl für seine Bekämpfung mit seinen Forderungen unerschrocken hervorgetreten ist. Er stellt an die Regierung eine Reihe Forderungen, die „jede nationale Regierung unterschreiben muß“, und macht sich an, „die Kontrolle darüber auszuüben, daß und wie sie sich dieser Aufgabe unterzieht“. Diese Stahlhelm-Regierung beklündete laut, daß sie die Regierung führe, wenn sie die Stahlhelm-Forderungen erfülle, daß sie im andern Falle aber stark genug sei, auch diese Rechtsregierung wieder zu befehlen.

Der neue Landtag tritt voraussichtlich nicht vor Mitte Januar zusammen. Vorher wird das Land am 18. Januar noch einen großen schwarz-weiß-roten Reichsgründungsrummel des Stahlhelms erleben. Es bleibt einzuwarten, ob und wie sich die Dinge entwickeln werden. Die Regierung, auf die unsichere Mehrheit eines Nationalsozialisten angelehnt, kann jederzeit geünzt werden.

Wie die Frauen wählen

Gemeinsam mit der Wahl zum Reichstag am 7. Dezember vorigen Jahres fand in Bremen auch die Neuwahl der Bürgerschaft, des Landesparlamentes, statt. In Bremen-Stadt wurden die Männer- und die Frauenstimmen für die Bürgerschaft getrennt gezählt. Wie überall, so waren auch hier die weiblichen Wahlberechtigten gegenüber den männlichen in der Mehrzahl. Es wurde folgendes Ergebnis ermittelt:

	Männer	Frauen
Sozialdemokraten	29 402	27 418
Deutschnationale	6 827	9 515
Zentrum	1 481	2 131
Kommunisten	8 281	6 045
Deutsche Volkspartei	12 164	16 272
Nationalsozialisten	3 470	3 267
Demokraten	8 868	9 216
Landesführer	5 988	6 622
Wohlfahrter	1 022	975
Zusammen:	77 646	82 266
Un gültig:	688	880

Weniger Frauen- als Männerstimmen weisen nur die Parteien der Sozialdemokraten (7 Prozent), der Kommunisten (28 Prozent) und der Volksfäden (7 Prozent) auf. Mehr Frauen- als Männerstimmen hingegen die Deutschnationalen (40 Prozent), die Volkspartei (35 Prozent), die Demokraten (12 Prozent), das Zentrum (44 Prozent) und die Landesführer (11 Prozent). Besonders bemerkenswert ist, daß in Bremen nicht, wie in den meisten katholischen Gegenden, das Zentrum, sondern die Deutschnationalen absolut den größten Vorteil vom Stimmrecht der Frauen hatten. Da das religiöse Moment hier wegfällt, muß man die Entscheidung der Frauen als eine reaktionärpolitische bewerten. Man könnte aus dem Bremer Resultat die Konsequenz ziehen: je reaktionärer eine Partei ist, umso mehr Anziehungskraft läßt sie auf die Frauen aus. Während die Bremer Männerstimmen die Bildung einer aus Sozialdemokraten, Demokraten und Zentrum bestehenden Bremer Regierung ermöglicht hätten, ist durch die Entscheidung der Frauen eine solche Kombination der „kleinen Koalition“ unmöglich gemacht.

Die Opposition gegen Mussolini rührt sich

Rom, 9. Jan. (Eigener Fundbericht.) Ingefahr 120 Abgeordnete der Opposition versammelten am Donnerstag ein Manifest an das Volk als Antwort auf die letzte Rede Mussolinis. Das Manifest befaßt u. a.: Der letzte Abschnitt des Kontrastes zwischen Faschismus und dem Volke hat begonnen. Die Maske einer schein-constitutionellen Regierung ist gefallen. Die Regierung unterdrückt die Stimme der Presse und der Versammlungsfreiheit. Sie mobilisiert die bewaffneten Kräfte der faschistischen Partei. Sie verfolgt die Bürgervereine, während Verwüstungen und Verwüde, die die Faschisten angerichtet haben, ungefragt bleiben. Italien wird in der Achtung herabgesetzt. Die Opposition ist weder aufrecht noch verständig, sie ist konstitutionär und ein nicht zu unterdrückender Protest des Volkes und verschiedener Parteien gegen die schweren Verbrechen des jetzigen Regimes. Sie ist geeint und solidarisch in der Verteidigung der bürgerlichen Freiheiten. Das Volk hat verstanden, daß die Regierung letzte Anstrengungen macht, um den Urteilspruch der öffentlichen Meinung zu entgehen. Mussolini hat vor der Kammer die Verantwortung offiziell auf sich genommen. Das Manifest schließt mit dem Hinweis, daß die unter dem Druck der Regierung stattfindenden Wahlen diese Lage nicht klären können. Weitere Verbindungen wurden nur zur Verschleierung der Lage beitragen und die tatsächliche Meinung des Volkes falschen. Das Manifest sei so zu verstehen, daß, wenn gewählt werden sollte, die Opposition die Wahlbestätigung übernehme, und hinter sich die größte Masse des Volkes haben würde.

Zur Wohnungsfrage

In Deutschland fehlen nach den vorläufigen Berechnungen auf 1000 Einwohner mindestens 10 Wohnungen. Die bisher nach dem Krieg erstellten Wohnungen werden teilweise durch den Abgang an Wohnungen wieder ausgeglichen, von einer wirklichen Veräppelung der Wohnungsnot kann keine Rede sein und dazu sind die bestehenden Wohnungen, namentlich in Wohnmietenhäusern, tatsächlich in erschreckendem Maße heruntergekommen. Die bisher zur Behebung der Wohnungsnot ergriffenen Maßnahmen waren halbheiten, wobei allerdings die Verhältnisse während der Inflationszeit ein gut Teil Schuld aufgewiesen werden muß. Aber selbst mit dem besten Willen wird nichts geholfen, wenn dieser nicht in die Tat umgesetzt wird. Die mangelnden Stellen sind zweifellos von dem Ernst der Lage durchdrungen, aber es ist so, als ob immer, wenn ein Schritt vorwärts getan werden soll, hundertlei Bedenken dies wieder verhindern. Alle Welt weiß, daß es so nicht weitergehen kann, aber tatsächliche Abhilfe sieht man nirgend.

Man hat den Landtag z. B. zur Beseitigung des Bruchstellers Schloßes, des Versuchsgutes Fockenheim und zum Bau des Volkshausplatzes Fockenheim eingeladen, auch neue Ideen und Vorschläge hat man dem Landtag gezeigt. Besser als über all diese Sachen lange Ausführungen zu lesen ist ein Besuch, dabei sieht man und hört und lernt man. Aber man geht immer nur das Schöne, das Gute. Wer hindert es, daß man dem Landtag, wenn auch nicht in seiner Gesamtheit, so doch in einzelnen Kommissionen auch einmal die schärfsten Wohnungsverhältnisse in Natura vorführt? Die Fürsorgestellen werden da mit Material nicht in Verlegenheit kommen. Ist das eine Zumutung? Gewiß nicht, denn die Wohnungsfrage ist eine der wichtigsten Fragen, die das Volk bewegen. Die Wohnungsnot ist die Not des arbeitenden Volkes und zu dem zählen immerhin etwa 80 Prozent des Gesamtvolkes. Die überaus schlechten Wohnungen sind aber die Ursache der Volkskrankheiten wie Tuberkulose usw. Auch die Geschichts-

Deutscher Reichstag

Berlin, 9. Januar 1925.

Beginn 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht der Bericht des Geschäftsausschusses über die Anträge auf Haftentlassung der kommunistischen Abg. Rosenbaum und Höllein.

Der Ausschuss, über dessen Verhandlungen der Abg. Spahn (Ztr.) berichtet, hat einstimmig die Haftentlassung des Abg. Rosenbaum und die Einstellung des Verfahrens gegen ihn beschlossen. Im Falle Höllein ist die Haftentlassung nicht aber die Einstellung des Verfahrens beschlossen worden. Der Ausschuss richtet an die Regierung anlässlich des Vorgehens des Untersuchungsrichters Vogt gegen den Abg. Höllein die Aufforderung, dafür zu sorgen, daß Briefe, die von Abgeordneten aus der Untersuchungshaft an den Reichstag gerichtet werden, nicht zurückgehalten werden.

Abg. Dr. v. Freytag-Loringhoven (D.R.) betont, die deutschnationale Fraktion lehne es grundsätzlich ab, die Abgeordneten als eine privilegierte Menschenklasse zu behandeln und der Strafrechtspflege in den Arm zu fallen, wenn es sich um eine ungeratene Handlung. Im Falle Höllein handle es sich um eine teils denigste Verfolgung, und die Deutschnationalen werden deshalb für die Haftentlassung stimmen.

Abg. Sieder (Komm.) bezeichnet die Fälle Rosenbaum und Höllein als typisch für die Methode, mit der die Reichsanwaltschaft ohne tatsächliche Unterlagen kommunistische Abgeordnete in Haft setzt, um sie für den Wahlkampf lahmzulegen.

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, seine Freunde würden in beiden Fällen für Haftentlassung und Einstellung des Verfahrens stimmen. Der Redner wendet sich dann gegen die von dem deutschnationalen Redner vorgetragene Grundthese in der Immunitätsfrage. 1920 hätten die Deutschnationalen eine andere Haltung eingenommen und die Einstellung des Verfahrens gegen ihre Fraktionsmitglieder v. d. Kirchhoff wegen Steuerhinterziehung und Altembernichtung beantragt. (Rufe rechts: Barmat.)

Abg. Dr. Well (Ztr.) wendet sich gleichfalls gegen den Abg. von Freytag-Loringhoven. Es müßte in jedem Falle geprüft werden, ob das Interesse einer Strafverfolgung überwiegt, oder das Interesse des Reichstages an der Arbeitsmöglichkeit seiner Mitglieder. Das Zentrum macht dem Reichsanwalt nicht den schwereren Vorwurf der teilweisen Verfolgung. Es werde darum zwar für die Haftentlassung, nicht aber für die Einstellung des Verfahrens stimmen. Dr. Well weist dann die Angriffe des deutschnationalen Redners gegen den Staatsgerichtshof zum Schutz der Republik zurück, daß dieser einseitig gegen rechts eingestellt sei.

Abg. v. Freytag-Loringhoven (D.R.) verweist darauf, daß der frühere sozialdemokratische Justizminister Dr. Rodbruch selbst den politischen Charakter des Staatsgerichtshofes betont habe, der sich gegen bestimmte politische Parteien richte. Der Fall von Kirchhoff habe mit Freisprechung geendet.

Damit schließt die Aussprache. Der Antrag auf Einstellung des Verfahrens gegen den Abg. Höllein wird gegen die Sozialdemokraten und Kommunisten abgelehnt. Der Ausschussantrag auf Haftentlassung der Abg. Rosenbaum und Höllein und auf Einstellung des Verfahrens gegen Rosenbaum wird einstimmig angenommen.

Es folgt die dritte Beratung der Novelle zum Postgesetz.

Abg. Henning (N.S.): Wir beantragen, den Postminister herbeizurufen, oder, wenn er inzwischen zurückgetreten ist, seinen Vertreter (Staatssekretär Sautter vom Reichspostministerium vorzubringen (Lachen).

Präsident Voegelé: Die Reichstagsloge ist so, daß Minister Dr. Höllein sein Amt niedergelegt hat, ebenso wie die übrigen Mitglieder des Kabinetts. Er ist vom Reichspräsidenten mit der Fortführung des Amtes beauftragt worden, führt aber diesen Auftrag gegenwärtig nicht aus.

Abg. Henning (N.S.): Wir beantragen dennoch die Herbeirufung des Herrn Dr. Höllein. Wenn er jetzt aus niedergelegt hat, so wissen wir doch nicht, ob er nicht als Steuermännchen wieder auftaucht. Das wäre angesichts der Beteiligung dieses Herrn am Barmat-Standal unerträglich.

Der Antrag auf Verberufung des Ministers Dr. Höllein wird gegen die Deutschnationalen, Kommunisten, National-Sozialisten und einigen Sozialdemokraten abgelehnt.

Abg. Henning (N.S.): Wir beantragen nunmehr Abweisung des Gegenstandes von der Tagesordnung. Wir können nicht für die Post etwas bewilligen, solange die Gefahr besteht, daß Dr. Höllein das Geld wieder Herrn Barmat zuführt. Dieser Mann, der in den Barmat-Standal verwickelt ist, muß vom Reichspräsidenten sofort seines Amtes enthoben werden, wenn er es nicht selbst niederlegt. Wir haben weiteres Material und werden gegen Dr. Höllein die Untersuchung beantragen.

Abg. Fehrenbach (Ztr.) betont unter großer Klarheit der Reden, das Postgesetz habe gar nichts mit dem traurigen Fall zu tun, der bei einer anderen Gelegenheit geklärt werden müsse.

Abg. Dr. Schulz (D.Vp.): Wir haben gegen die Herbeirufung des Ministers Dr. Höllein gestimmt. Wenn aber eine Partei die Abweisung eines Gegenstandes von der Tagesordnung beantragt, weil sie dabei Aufklärung von der Regierung verlangt, so müssen wir der Abweisung zustimmen, solange wir eine Verhandlungsfähige Regierung nicht haben.

Der Antrag Henning auf Abweisung der Postnovelle von der Tagesordnung wird gegen die Stimmen der Mitte angenommen. Es folgt die

Beratung der Amnestiefrage.

Zur ersten Beratung kommen die von den Kommunisten, Sozialdemokraten und Deutschnationalen vorgelegten Gesetzentwürfe über Straffreiheit für politische Straftaten (Amnestiegesetz). Die Beratung wird verbunden.

Abg. Gieseler (Komm.) begründet den kommunistischen Entwurf. Die Massenjustiz, das einzige Machtmittel der Reaktion gegenüber der Arbeiterklasse wirkt sich ungehindert aus. Als auf den heutigen Tag hat man die Arbeiter, die in Kapp-Putsch die schwarz-rot-goldene Republik verteidigten und dafür ins Gefängnis geworfen wurden, nicht amnestiert. Herr Sieder, der tatsächlich im November 1923 Hochverrat geübt hat und die deutsche Republik kürzen wollte, läuft heute frei herum. Die Sozialdemokraten wollen die revolutionäre Bewegung einfach mundeln. Sie betreiben einen Kachschelzug gegen die Kommunisten, gegen die einzige Arbeiterpartei Deutschlands.

Abg. Dr. Rosenfeld (Soz.) begründet den Entwurf der Sozialdemokraten. Er verlangt in der Hauptfrage Straffreiheit für Straftaten, die begangen wurden: 1. im Jahre 1919 im Zusammenhang mit den Unruhen in Bayern; 2. im Zusammenhang mit den Märzunruhen von 1921; 3. 1923 im Zusammenhang mit den Lebensmittelinruhen oder mit dem Einrücken der Reichswehr in Sachsen und Thüringen oder in der Abwehr monarchistischer Bestrebungen, oder in Lohnkämpfen; 4. durch Bekanntgabe des Bestehens verbotener Organisationen. Die Kommunisten hätten kein Recht zu ihren Angriffen, denn sie hätten durch ihren Kampf gegen das Londoner Abkommen die Amnestierung vieler politischen Gefangenen verhindern wollen. (Abg. Thälmann (Komm.) ruft:

(Gemeiner Schieber! und wird deswegen vom Vizepräsidenten Graf-Thüringen zur Ordnung gerufen.)

Abg. Bohmann (D.Nat.) begründet den Amnestiegesetzentwurf der Deutschnationalen, in dem Straffreiheit verlannt wird, für alle Beteiligten am Kapp-Putsch, am Rührerputsch und für die Angehörigen der Organisation Konrad, so wie für diejenigen, die Verurteilung zur Befreiung von verurteilten Kapp-Putschteilnehmern gemacht haben. Der Redner erklärt, Kapitän Erhard habe seinen Freunden versichert, er werde sich in dem gegen ihn anhängigen Meineidsverfahren den deutschen Gerichten stellen, sobald ihm wegen der Hochverratsbeschuldigung Amnestie gewährt worden sei.

Die drei Amnestiegesetzentwürfe werden dem Reichsausschuss übergeben.

Der Präsident schließt die Beratung bis spätestens nächsten Mittwoch vor.

Abg. Sieder (Komm.) protestiert gegen eine Vertagung. Der Reichstag dürfe in dieser Zeit, wo die Korruptions-Skandale am Himmel stünden, nicht auseinandergehen.

Abg. Müller-Stranek (Soz.) weist darauf hin, daß morgen die politische Aussprache im Auswärtigen Ausschuss beginnen wird; gleichzeitig könnten nicht Plenarverhandlungen stattfinden.

Abg. v. Gräfe (N.S.) protestiert gleichfalls gegen eine längere Vertagung. Der Korruptionsfandl sinke zum Himmel, aber der Reichstag gebe ruhig auseinander und lasse: Was sie trinken, las sie trinken (Seitertel). Wir beantragen für morgen eine Plenarsitzung, in der die politische Aussprache beginnen soll.

Abg. Fehrenbach (Ztr.): Wir wünschen dringend, daß recht bald eine gründliche Aufklärung der in der Presse erhobenen Angriffe erfolgt; aber dies kann doch nicht durch leidenschaftliche agitatorische Reden von dieser Stelle aus geschehen werden. (Lärm bei den Nationalsozialisten und Auf: Sie selbst werden ja Subsidiat!) Aufklärung kann nur in einem parlamentarischen Untersuchungsausschuss geschaffen werden. (Lärm bei den Nat.-Soz.) Wie leichtfertig diese Herren die Ehre eines Mannes angreifen, erweist sich aus folgendem: In Freiburg lebt ein Rechtsanwalt Konstantin Fehrenbach, der Kandidat einer der jetzt angegriffenen Gesellschaften ist. Dieser Rechtsanwalt Konstantin Fehrenbach steht zu mir nicht in dem mindesten verwandtschaftlichen Verhältnis, aber in der deutschnationalen Presse werden die Angriffe gegen mich gerichtet. (Lachen) Ich bin überzeugt, daß auch nach dieser Aufklärung die Beschuldigungen nicht verstummen werden. (Lärm, hafter Beifall in der Mitte.)

Abg. Dittmann (Soz.) erklärt, daß in der deutschnationalen Presse behauptet wird, er (Dittmann) habe in Amsterdam mit Barmat verkehrt. Diese Behauptung sei glatt erlogen. (Hört, hört)

Auf Vorschlag des Präsidenten Voegelé wird sofort durch einstimmigen Beschluß der von den Deutschnationalen beantragte aus 18 Mitgliedern bestehende parlamentarische Untersuchungsausschuss einberufen, der die Besichtigungen Barmats in Reichshofen prüfen soll. Am übrigen bleibt es bei der Vertagung nach dem Vorschlag des Präsidenten. Schluß um 7 1/2 Uhr.

Soziale Anträge unserer Fraktion im Reichstag

Sozialdemokratischer Antrag zur Befoldungsfrage

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat zur Befoldungsfrage folgenden Antrag gestellt: 1. Der Reichstag erklärt sich mit der durch die Verordnung über die Gewährung von Zuschlägen zum Grundbesitz sowie zu den Kinderzuschlägen und zum Frauenzuschlag vom 25. November 1924* ausgeprochenen Regelung der Bezüge der Reichsbeamten nicht einverstanden; 2. es ist sofort der Entwurf eines Gesetzes über eine weitere Ergänzung des Befoldungsgesetzes mit dem Ziel einer grundsätzlichen Neuordnung der Befoldung und ausweisenden Bemessung der Gehälter der unteren und mittleren Gruppen vorzulegen. Für die Arbeiter und Angestellten des Reiches sind die notwendigen Folgerungen zu ziehen.

In Zusammenhang mit der Befoldungsfrage wird die Fraktion auch die von der Regierung eigenmächtig vorgenommene Erhebung des Erbschaftsteuerzuschlages und die Erhebung des neuen und von höchstem Interesse ist, zur Sprache bringen. Die Erhebung der notwendigen Beiträge in diesen Angelegenheiten hat sich die Fraktion nach vorzulegen.

Weiter verlangt die Fraktion, daß die Personal-Abbauordnung mit allen Nachträgen sofort aufzuheben ist. Will die Regierung die in der Abbauregung enthaltenen Dauerbestimmungen aufrechterhalten, wissen, so mag sie dem Reichstag einen entsprechenden Gegenentwurf zur Beschlußfassung vorlegen. Mit dieser Forderung wird nicht zuletzt der Zweck verfolgt, daß mit der Aufhebung der Abbauregung auch ihr Name ins Grab sinkt.

Außerdem hat die Fraktion einen Gegenentwurf über die Aufhebung des Befoldungsgesetzes vorgelegt, das durchaus überflüssig erscheint, nachdem Länder und Gemeinden ihre finanzielle Selbständigkeit wiedererlangt haben.

Zu einem besonderen Antrag ist weiterhin die Forderung nach unangefasster Aufhebung der Verordnung über die neunkündige Arbeitszeit in den Reichsbetrieben und Reichsbetrieben, die Wiedereinführung des Samstagarbeitsverbotes und Vorlegung eines Gesetzesentwurfes über die Regelung der Dienstzeit der Reichsbeamten erhoben worden. Weitere Anträge betreffen schließlich die Wiederherstellung des unentgeltlichen Urlaubes an die Beamten, Arbeiter und Angestellten des Reiches und die Vorlage von Entwürfen über ein neues Reichsbeamtengesetz, ein Gesetz über die Krankenversicherung für Reichsbeamte und ein Gesetz über die Entgeltzahlung der aktiven Reichsbeamten in die für abgedante Beamte geschaffene Siedlungsverordnung.

Sozialdemokratische Anträge zu Gunsten der Kriegsoffiziere

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat auch für die Kriegsoffiziere eine ganze Anzahl wichtiger Anträge eingekommen. Sie fordert zunächst die sofortige Vorlage eines Gesetzes zum Kriegsoffiziersgesetz, die eine allgemeine Erhöhung der Kriegsoffiziersgehälter in dem Maße birgt, daß auch die Kriegsoffiziersgehälter mit einer Generalsbeförderung von 50 Proz. oberwärts nicht mehr schlechter stehen, als sie bei einer Beförderung ihrer Vorgesetzten nach dem Militärverordnungsgebot von 1906 einschließlich Kriegs- und Verwundungszulagen stehen würden.

Aus der Partei

Bekanntmachung des Parteisekretariats Karlsruhe

Veranstaltungen finden statt: Oberkirch, Samstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, außerordentliche Generalversammlung in der „Stadt Straßburg“. Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Trints über „Unsere nächsten Aufgaben“. 2. Wahl des Gesamtvorstandes. Es wird vollständiges Erscheinen aller Genossen erwartet. Rastatt, Samstag, den 10. Januar, abends 8 Uhr, in der „Vinde“ Mitgliederversammlung mit Vortrag des Gen. Seidel-Baden-Baden. Thema: „Der neue Reichstag“. Auch hierzu sind alle diejenigen, die sich für den Vortrag interessieren, eingeladen. Oppenau, Amt Oberkirch, Sonntag, den 11. Januar, vorm. 11 Uhr, Mitgliederversammlung im Bürgerhof mit Vortrag des Genossen Trints-Karlsruhe. Willstätt, Amt Rehl, Sonntag, den 11. Januar, mittags 2 Uhr, Mitgliederversammlung im „Gambinus“ mit Vortrag des Genossen Trints. Söllingen, Sonntag, den 11. Januar, mittags 1/2 Uhr, im Rathaus Vortrag des Pfarrers Gen. Sängers-Karlsruhe über „Christentum und soziale Fragen“. Hierzu wird zahlreicher Besuch nicht nur aus den Kreisen der Genossen und Genossinnen, sondern von allen Anhängern und Freunden unserer Bewegung und von allen Interessenten für den Vortrag erwartet. Gersheim, Amt Offenburg, Sonntag, den 11. Januar, mittags 1/2 Uhr, Mitgliederversammlung in der „Vinde“ mit Vortrag des Gen. Boae I.-Offenburg. Thema: „Die deutsche Reichsbahn als Aktiengesellschaft“. Sagsfeld, Willstätt, den 14. Januar, abends 8 Uhr, im Rathaus 1. Vortrag des Regierungsrats Gen. Dietrich-Karlsruhe über „Sozialpolitik“. Auch hierzu haben alle Interessenten alle Freunde und Anhänger unserer Bewegung Zutritt. Willstätt, Amt Forstheim, Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Vortrag des Gen. Erb-Karlsruhe im Rathaus. Thema: „Entwicklung der Schöpfung“. Hierzu sind nicht nur alle Genossen und Genossinnen, sondern alle diejenigen, die Interesse für den Vortrag haben, eingeladen. Geseesbach, Amt Offenburg, Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Vortrag des Landtagsabg. Gen. Weibmann-Karlsruhe. Thema: „Der Gervitrosch und die deutsche Sozialdemokratie nach dem 7. Dezember“. Auch hierzu haben alle Interessenten, alle Freunde und Anhänger Zutritt, ganz besonders aber wird zahlreicher Besuch durch unsere Genossen und Genossinnen erwartet. Werbachen, Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im Rathaus Vortrag des Gen. Pfarrer Kappes-Karlsruhe. Thema: „Der Kampf um Gerechtigkeit, Freiheit und Frieden im Sozialismus“. Auch hierzu sind alle Genossen und Genossinnen, alle Anhänger und Freunde unserer Bewegung, alle Interessenten eingeladen. Kleinleinsbach, Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, im „Wier“ Vortrag des Schulinspektors Gen. Reinert-Karlsruhe. Thema: „Die entscheidenden Aufgaben der Schule“. Hierzu sind alle Genossen und Genossinnen und alle Volksfreunde eingeladen. Willstätt, A. Bretten, Samstag, den 17. Januar, abends 8 Uhr, Mitgliederversammlung mit Vortrag des Genossen Trints. Thema: „Geschichtliches aus der Arbeiterbewegung“. Weiber, Amt Ruchal, Sonntag, den 18. Januar, mittags 3 Uhr, in „Strich“ Gründungsversammlung mit Vortrag des Gen. Trints. In die Ortsvereinsvorsitzenden! Es wird dringend gebeten, für Erledigung der Reichstagswahlberechnung nimmere Sorge zu tragen. Trints, Parteisekretär.

den. Es soll also der eigentliche Sinn des Reichsverordnungsgebotes von 1920, das allen Verordnungsberechtigten eine Besserstellung gegenüber dem alten Recht bringen sollte, wiederhergestellt werden. Durch die Verordnungspolitik der Regierung und die Inflation ist dieser Wille der Gesetzgebung gesichert worden. Alle während der Dauer der Ermächtigungsgesetze eingeführten Verordnungen des Verordnungsgebotes sollen befristet, die laufende Einführung für den Zivilverordnungsgebot soll mindestens in dem prozentualen Verhältnis wiederhergestellt werden, wie es in den prozentualen Verhältnissen vor dem Krieg war. Weiter wird eine angemessene Entschädigung gefordert für die Entwertung der im Jahre 1923 an Kriegsoffiziersgehältern und verheiratete Witwen zur Auszahlung gelangten Abschreibungen, Rechtsanprüche und Selbstzahlung für die Hinterbliebenen, Wahl zwischen dem Beamtenheim und einer Abfindung von mindestens 2000 M., Vereinfachung und Verbesserung der Kapitalabfindungsvorschriften, bessere Versorgung der Kriegswitwen und der Kriegsoffiziere.

Für die Schwerbeschädigten fordert die Fraktion eine Nachprüfung aller Entlassungen, die unter der Personal-Abbauregung erfolgt sind, unverzügliche Aufhebung unrichtiger Entlassungen, vorzugsweise Verdrängung entlassener Schwerbeschädigter bei Neueinstellungen, gleiches Vorgehen der Länder, der Selbstverwaltungskörperschaften, der Reichsbahn und Reichsanstalt, Vermeidung jeder wirtschaftlichen Verschlechterung bei Übernahme Schwerbeschädigter vom Angehörigenverhältnis in das Beamtenverhältnis, Vorlage einer Novelle zum Schwerbeschädigtengesetz, die den Schutz für die Schwerbeschädigten im gleichen Umfang wiederherstellt, wie er von der Ermächtigungsgesetzgebung bestimmt und öffentliche beim private Arbeiter gleichgestellt. In diesem Zusammenhang wird gefordert, daß für die Unterbringung und Erhaltung der Kriegsoffiziere in Erwerbsleben ausreichende Sicherheiten geschaffen werden.

Auf dem Fürstentumgebiet wird verlangt, daß das Reich die soziale Fürsorge nicht in dem Umfang finanziert, wie das vor dem Antritt der dritten Steuerreformordnung der Fall gewesen ist. Weitere Anträge auf Steuererleichterungen für die Kriegsoffiziere, Regelung der Arbeitslosenunterstützung für Kriegsoffiziere, Verklärung des Altstandes, um aus ihm denjenigen alten Verordnungsberechtigten laufenden Bezüge zu geben, denen ihr Recht auf diese Bezüge durch die Ermächtigungsgesetzgebung rückstandslos genommen worden ist. Schließlich werden die Interessen der Kriegsoffiziere, insbesondere der Witwen, deren Wundelgelber noch während der Inflation in sogenannten „mündelschweren“ Papieren angelegt werden mußten, für die Regelung der Frage der Aufwertung der öffentlichen Aufwertung angemeldet. Es darf gesagt werden, daß die sozialdemokratischen Anträge in sachverständiger Weise alle wunden Stellen der gegenwärtigen Verordnungs- und Fürsorge in Behandlung nimmt. Die Sozialdemokratie hält damit ihr Wort ein, daß sie den verordnungsberechtigten Kriegsoffizieren in der Wahlbewegung geht.

Die Sozialdemokratie wird im neuen Reichstag in folgenden Ausschüssen den Vorstößen stellen: in den Reichsausschuss für Geschäftsordnung, für die Volkswirtschaft, für die Kriegsoffiziere und für den Heberverordnungsgebot. Vorstößen des Reichsausschusses wird Genosse Heimann-Berlin werden, der schon im vorigen Reichstag den Ausschussvorsitz präsiert hat.

Unterhaltung und Belehrung

Die Beschau

Kleinstadtschichte von Ferdinand Radlinger (Fortsetzung)

Heller sah den Mann prüfend an. „Ich hab' ihn im Kopf? Sie wollen mich uzen. Wo bliebe denn da der Messer-Deutwein?“

„Ah, der Messer! Heere Se uff mit dem! Des ich nix, wann ich Ehne sag, Herr Heller, des ich nix. Der ich viel je jung un... der ich aa nix for ernstige Ablichte.“

„Er bekehrt aber doch dort.“

„Es ich aus, wann ich Ehne saag. Der kann doch no net leirate. Bis der emol ebbes ich!“

„Ich bin aber in unselbständiger Stellung. Wie könnte ich überhaupt in Frage kommen?“

„No, Sie jen jeht emol Prof' rücht, un es geht des Gered, daß Sie hall Teikhaumer werre.“

„Das Gerücht ist falsch. Wer hat denn das in die Welt geseht?“

„Hr!“ machte Schwaderlapp. „Sen Sie doch net so dum! Es kann Ehne nix schände, wenn des G'hwäch rum geht. Die Erna und ihr Mutter glaawe's emol, un des ich die Hauptfach. Sie jen doch en dichter G'hwächsmann. Un wann des G'hwäch aa verloge ich, Herr Heller, saage Se nix dergege. Es ich abt Ehne bloß. Was wisse Sie, was Sie noch alles werre kenne, wann Sie die Erna emol hamme.“

Heller sprang auf. Mit funkelnden Augen maß er das Mädchen. „Wollte der Kerl sein Spiel mit ihm treiben? Oder war es ihm ernst? Schwaderlapp zog den Erregten auf seinen Stuhl nieder und klopfte ihm begütigend auf den Rücken.“

„Nur ruhig Blut! Nur die Ruhe kann es machen! Ich will Ihnen beweisen, daß ich Ihr Freund bin. Zunächst muß ich Sie der Familie vorstellen, dann machen Sie einen Besuch, dann werden Sie eingeladen. Un die Vorstellung mache mir ganz unauffällig bei einem Souper im Bahnhofrestaurant zweiter Klasse.“

„Die Zeit net so hin, bloß mehr Durchreisende. Un am Bahnhof eßt mer gut. Ich lad' Ehne ein, un dos Freilein Erna un ihre Mutter, die tumme züfällip dazu un jehe sich zu uns. Ich's Ehne so recht?“

„Wann würde das sein?“

„Saage mer, am nächste Samstag.“

„Wird aber die Familie auch kommen?“

„Des mach ich schon. Herr tot Angst! — — Jetzt amwer noch ebbes, Herr Heller. Ich bin Ihre Freund, des wisse Se, un en armer Deifel, des wisse Se aa. Was ich Eine mein Dienst wert, wann's perfekt werdt? Was ich Ehne des Freilein wert, wann Se je trischehe? Ich je Ehne fimschunnert Ratz wert?“

„Selbstverständlich!“

„Allo, Hand druff! Am Hochzeitstag fimschunnert Emm!“

Die beiden reichten sich die Hand zum Zeichen des Einverständnisses, dann langte Schwaderlapp nach seinem Hut. „Allo, Herr Heller, Distretion Ehrenfache. Un jo nix habbe, daß Sie nix wisse un Teikhaumer! Mir spreche uns noch bis Samstag. Schön guten Morgen, Herr Heller; nix for ungut. Hab' die Ehre, auf Wiedersehen!“

Der wortreiche Mensch war schon unter der Türe, als er noch einmal umkehrte. „Herrgott, do fallt mer grad was ein! Kennte Se mer net Sünder fudzig Mark lehne? Ich bin momentan in Verlegenheit. Sie trischehe's bis Samstag widder. Uff Ehr un Gewisse!“

Heller schloß zögernd seinen Schreibstisch auf und entnahm den Betrag.

„Schreib Ehne e Quittung, wann Se Wert druff lege.“

„Ist nicht nötig.“

„No ja, i mooin aa, unner Freund... net wahr?“

Damit begann Schwaderlapp auf neue, seine Kräfte zu machen und verabschiedete sich mit einem Schwall von Dankes- und Ergebnissetzformeln.

Heller blieb allein. Ihm glühte der Kopf. Seine Schläfen hämmerten zum Zerpringen. Er legte sich auf das Sofa und machte mit dem Wackelapp kalte Umschlüge. Wäre es möglich, daß sein Glend sich so plöcklich wandte? Sollte der Traum seiner Jugend doch noch zur Wahrheit werden?

Dieser Schwaderlapp war vielleicht gar kein so unehener Kerl. Ob er aber wirklich den Einfluß besaß, dessen er sich rühmte? Er genöht in Steinbach kein übermäßig Ansehen. Sein Charakter war schwer zu fassen. Ueberall spielte Schwaderlapp eine fragwürdige Rolle. Er war ein komischer Mensch, halb Herr, halb Bauer, nicht ganz roh, doch auch nicht gebildet. Er hatte keinen eigentlichen Beruf, übte aber Duzende aus. Er nannte sich Kommissionsärz. Man konnte ihn zu Botengängen benutzen, konnte aber ebenso gut auch einen Waggon Kupfer von ihm beziehen. Er vermaßte Dorstehen und erteilte lautmännliche Ratsschlüge. Er gab Unterricht in Stenographie und Maschinenschreiben und half den Bauern, Zweisägen und Birnen brechen. Er hatte Zutritt zu den besten Häusern und spielte mit Kognak in den Aneipen Sechsunndzigtig. Eine Eigenschaft, bei der sich kein Mensch auskannte.

„Wie man sich in den Leuten täuschen kann,“ dachte Heller auf seinem Sofa. „Der ausdringliche Kerl war mir stets zuwider, ganz instinktiv, ohne bestimmten Grund. Jetzt muß ich ihn als Freund annehmen, und vielleicht darf ich ihm mein Lebensglück danken. Wer weiß! Natürlich kommt es darauf an, ob er mich der Familie wirklich vorstellt. Aber das muß sich ja bald erweisen.“

Der Samstag war gekommen. Herr Heller sah schon seit halb acht Uhr voll Erwartung im Bahnhofrestaurant. Sein neuer Freund erschien kurz nach ihm. Heller hatte sorgfältig Toilette gemacht. Mit dem Glodenschlag acht erreichte keine Spannung den Höhepunkt. Bei jedem Geräusch fuhr er herum nach der Türe, durch die sein Idol eintreten mußte.

„E Viertelstunde miße mer noch zugewann“, trötete Schwaderlapp, als er Hellers Nervosität bemerkte. „Die seine Zeit losse gern uff sich waarte.“

Aus einer Viertelstunde wurden indessen zwanzig Minuten, ohne daß die Türe ein einziges Mal ging. Nur vom Bahnsteig her kamen ein paar Durchreisende und nahmen im Lokal Platz, um auf ihren Zug zu warten.

Um acht Uhr fünf und zwanzig trat der Gastwirt herein und fragte, ob das bestellte Essen noch nicht serviert werden sollte. Es werde an dem Braten kein guter Bissen kleiben, versicherte er und ließ sich nur mit Mühe von Schwaderlapp beruhigen.

Um halb neun geriet Hellers Stimmung in eine gefährliche Krise. So lange auf sich warten lassen, fand er unhöflich. Es war eine Geringschätzung. Nach weiteren zehn Minuten, als Heller bereits sein zweites Gläschen Spudzel bekam, lächelte er einen beherzten Entschluß. Er dachte bei sich: „Wenn die Damen um viertel vor neun nicht erschienen sind, dann stehe ich auf, haue dem Schwaderlapp eine Ohrfeige herunter und spreche: „So, adieu, das ist für den W!““

Es war ihm vollkommen ernst mit dem Plan. Aber je mehr der große Zeiger der Zahl neun sich näherte, desto mehr entschwand dem Liebhaber der Mut zur Ausführung. Er klammerte sich immer noch an die Hoffnung auf das endliche Erscheinen der Damen. Inzwischen nahm er eine Zeitung vor und las scheinbar interessiert einen Artikel über ein Sportfest. Hier um dem unangenehmen Schwach des Schwaderlapp zu entgehen.

Der Wirt erschien noch einmal unter der Türe und rief, mit den Händen verzweiflungsvoll suchend: „Noch nicht?“

— „Et, et, et!“

Dem Proturisten war jetzt alles gleich. Er kühlte sich gepoppt und dachte bloß mehr daran, wie er sich aus der Sache ziehen könne, ohne der öffentlichen Lächerlichkeit anheimzufallen. Er hätte sich ohnehin können, weil er ja einseitig in die Falle getappt war.

In dem Augenblick aber, als die Uhr neun schlug, ging die Türe auf. Es waren die Erwarteten. Die Mutter trat zuerst ein. Sie trug ein schwarzes Kleid von strengen Formen, hoch geschlossen. Die Tochter, die ihr folgte, hatte ein entzückendes weißes Balletkostüm an mit weinroten Stickereien, darüber einen hauchdünnen rosa Schal.

(Fortsetzung folgt.)

Eisenbahntechnische Neuheiten auf der Deutschen Verkehrs Ausstellung München 1925

Auf der Deutschen Verkehrsausstellung München 1925 werden eine Reihe neuer Erfindungen auf dem weiten Gebiet des Eisenbahnwesens vorgeführt werden, die in den folgenden Ausführungen kurz erläutert werden sollen.

Ein großer Fortschritt im Eisenbahnwesen ist zur Zeit noch die Art des Rangierens, oder wie man heute sagt, der Verschiebens. Man läßt die Wagen einzeln „Perce“ von mehreren Metern herunterlaufen und verteilt sie dabei durch Umstellen der Weichen auf verschiedene Gleise, jedoch diejenige zusammenkommen die nachher auf gleicher Strecke weiterlaufen sollen. Die Wagen erreichen hierbei hohe Geschwindigkeiten und es bedarf der schwierigen und gefährlichen Arbeit der Heimmühler, um sie rechtzeitig und sicher aufzufangen. Gleichwohl gibt es viele Störungen und Beschädigungen. Dem Zug der Zeit entsprechend, wird jetzt angestrebt, auch diesen Vorgang zu mechanisieren. Auf der Deutschen Verkehrsausstellung München 1925 wird zum erstenmal in natürlicher Größe eine nach den Entwürfen von Reg.-Baumeister Dr. Ing. G. A. F. S. gebaut, als „automatisch laufender Ablauf“ bezeichnete Einrichtung ausgestellt werden, bei der die Bewegung der Wagen dadurch zwangslos gemacht ist, daß die Wagen während des Ablaufs mittels kleiner Hilfswagen an einem Seil geführt werden. Ein auf ganz anderen Gesichtspunkten aufgebautes neuartiges „Rangierverfahren“ bildet die „Gelenkdrehvorrichtung“ von Oberregierungsrat Dr. Ing. H. A. In dem Bereichsbereich des großen Eisenbahnbetriebsmodells wird diese Neuerung zur Anwendung kommen.

II. Inwiefern gehören Bahnhöfe heute meistens in der Nähe großer Städte und sind vielfach umgebaut, so daß eine Erweiterung nur mit großen Kosten möglich ist. Es ist deshalb sehr wichtig, daß der Platz auf der Bahnhöfe ausgenutzt wird. Besonders hervorzuheben ist in dieser Hinsicht die Weichenentwässerung, die vermehrte Flächen Krümmungen, die das Eisenbahngleis nur verdrängt, sehr lang werden und viel Raum wegnehmen. Sie verfließen in Weichenstrecken, wie sie von der Reichsbahn Reg. A. 1. in Mannheim und der Deutsch-Luxemburgischen Bergwerks- und Hütten-A.-G. Abteilung Dortmund Union in Dortmund nach dem System Baesler hergestellt werden, gestalten eine bedeutend höhere Platzausnutzung. Sie beruhen darauf, daß die Krümmung durch das Herabziehen durchgeführt wird, wodurch die Weichen stellen und außerdem einander verschoben werden. Es läßt sich außerdem ein ungleich regelmäßigerer Verlauf der Gleisgruppen als bei gewöhnlichen Weichen erzielen. Der auf der Deutschen Verkehrsausstellung zur Aufstellung der Fahrzeuge gebaute Bahnhof wird fast ausschließlich verdrängte Weichenstellen enthalten. Auch in der Modellbahn, die eine Uebersicht des ganzen Eisenbahnbetriebs geben soll, sind die Bahnhöfe größtenteils mit verdrängten Weichenstellen entworfen.

III. Um auch auf den bestehenden Ablaufbahnen die Wagen, die frei laufen, besser in der Gewalt zu haben, hat man Gleichstromverschieber nötig. Auf der Verkehrsausstellung wird zum erstenmal die Baesler'sche Wirbelstromgleisbremse gezeigt, bei der die Wagenräder durch magnetische Einwirkung festgehalten werden.

IV. und V. Ein bei den europäischen Eisenbahnen noch immer nicht beizubehaltender Kramel ist das Fehlen einer selbsttätigen Kupplung. Die jetzige Schraubenpindelskupplung erfordert durch das notwendige Drehmoment der Rangierer zwischen der Kupplung jährlich Hunderte an Verletzten und Toten. Das Problem wird schon seit 30 Jahren erörtert, ohne daß man bis vor dem Weltkrieg zu einer brauchbaren Lösung gekommen wäre. Es ist nunmehr gelungen, in dem neuesten Modell der Schafner'schen

Kupplung eine Lösung zu finden, die auch den schwersten Bedingungen, die in Anbetracht der weittragenden internationalen Bedeutung dieses Problems gestellt werden müssen, standhält. Die Kupplung fuppelt nicht nur die Wagen, sondern auch die Luftstromschläuche selbstständig. Ein selbsttätiges Verlöten zwischen den jetzigen Wagen mit der Schraubenpindelskupplung wird durch eine verblüffend einfache Uebergangsvorrichtung, die auch beliebiges selbsttätiges oder mechanisches Kupplern der Weichenklappe gestattet, ermöglicht. Diese Kupplung wird sowohl an Voll- wie Schmalspurfahrzeugen eingebaut im Ausstellungsbahnhof im Betrieb vorgeführt werden. Es wird Gelegenheit gegeben sein zur Beobachtung der Kupplung im Betrieb auch für die schwierigsten Fälle, wie sie beim Einfahren in scharfe Krümmungen oder bei starken Höhenunterschieden zwischen beladenen und unbeladenen Wagen sowie bei schlecht liegendem Gleis sich ergeben.

Das Kupplungsproblem wird durch die Einführung der Großgüterwagen für den Massenverkehr beschleunigt. Man treibt eine Steigerung der Streckenleistung besonders in den Industriegebieten an, um 4- und 6gleisigen Ausbau zu vermeiden. Dies ist nur möglich durch Steigerung des Zuggewichtes und damit des Ladegewichtes der Wagen, da die größte Zuglänge mit 550 Meter praktisch unabänderlich festliegt. Die jetzige Kupplung reicht für die dann erforderlichen Zugkräfte nicht mehr aus. Es werden vierstellige Großgüterwagen mit 60-80 T. Ladegewicht, wobei nur in Beneluxen, später auch im freizügigen Verkehr eingeführt. Alle diese Wagen erhalten nur mehr die selbsttätige Kupplung und Selbstentladevorrichtung, was vor allem Amerika gegenüber bemerkenswert ist, wo der Großgüterwagen als Normalwagen schon vor 20 Jahren eingeführt wurde, aber ohne Selbstentladung. Die Vorteile der Großgüterwagen sind: Geringeres Eigengewicht, bezogen auf die Tonne Ladegewicht, geringere Entladungskosten — ein Griff genügt, um in einigen Sekunden 1000 Zentner zur Entladung zu bringen —, geringere Anlaufzeiten gegenüber den jetzigen Wagen, die meistens einen Tag stehen müssen, bis sie wieder leer zur Verfügung stehen. Die bisher gebauten Großgüterwagen mit Selbstentladung waren offene der erzie nach den Angaben von Regierungsbaumeister Dr. Ing. Kügel von Krupp gebaute gebaute Großgüterwagen mit Selbstentladung, sowie ein Großgüterwagen mit nur 1,10 Meter hoher, 18 Meter langer Plattform, dessen Mittelstützträger als Schmalpindelschienen ausgeführt sind, werden auf der Ausstellung voraussichtlich zu sehen sein.

Auf dem Schmalpurgel wird zum erstenmal die von Prof. Dr. Ing. Blum und Dr. Ing. Kügel vorgenommene Einführung der 75/76 Zentimeter Einheitsmaßspur für Bauindustrie und öffentliche Schmalpurbahnen in die Welt eingeführt, gezeigt werden, angefangen vom 1/4 Zentimeter Wulsttipper bis herauf zum 75/76 Zentimeter Spur Z. Zugwagen, neuartigen, nach System Dr. Kügel von der Waggonfabrik Steinfurt gebauten, gefederten Koffschienenwagen für den Hebezug in städtischer Koffschienenbahn, auch später der freizügigen Großgüterwagen, auf die 75/76 Zentimeter Spur, neuer 75/76 Zentimeter-spurige kleine und große Lokomotiven mit großer Kurvenbeweglichkeit.

Theater und Musik

Badisches Landestheater

Intermezzo. Für den erkrankten Herrn Wartz, schickte die Staatsoper Dresden Herrn Josef Corred, der bei der Aufführung des Strauß'schen Werkes die Rolle des Hofkapellmeisters durch mit der Rolle von Richard Strauß freiziele. Der Gast heißt ein in hohem Maße ausgeprägtes Darstellertalent. Man merkt, daß er in die Rollen des Autors stand. Vor viele Vorgänge auf der Bühne wurden durch das vorzügliche Spielchen und die Schwestern in die Szenenrollen in ein helles Licht gerückt, die ganze Gestalt wurde sympathischer, das ganze Werk dadurch wärmer und wertvoller. Herr Staatskapellmeister Lorenz deutete die viel angefeindete Partitur aus, die mit der Zeit von den Strauß'schen Widersachern wohl auch einmal übersehen wird, wie Salome, Elektra und Rosenkranz. Das große Verhängnis im Intermezzo ist ein Gedränge, das viel Neues bringt, ganz besonders im Detail. Es erregt dem Hörer bei diesem Finale ähnlich wie bei der Salome, erst wenn man ein halb Dutzendmal sich dieses „Gedränge“ angehört hat, kommt man hinter die Schönheiten auch dieses Werkes, in dem, um mit dem Ardenne-Gourdain zu sprechen, gar manche Geistesleistungen liegen. Herr Lorenz hat mit hellem Gelingen, besonders im Finale, die einzelnen Mitten, die diesem Strauß'schen, sorglich hingeleitet und sie langsam extrahieren lassen. Die Fühlung zwischen Bühne und Orchester war, abgesehen von einigen kleinen Abweichungen, gut. Das Orchester, besonders die von Strauß viel geliebten Hörner, waren in bester Form. Das Haus war sehr gut besucht.

Landestheater. Am Sonntag, 11., findet die erste diesjährige Aufführung von Verdi's „Othello“ statt. Die musikalische Leitung hat Herr Staatskapellmeister Lorenz, die Spielleitung Herr Oberregisseur Stang. Als Desdemona posiert Frau Hilde von Albenburg-Gerbach. Die Titelpartie singt Herr Balbe, den Jagd Herr Heuser. In den übrigen Hauptpartien sind beschäftigt die Herren Lander, Reichinger, Peters, Kalbach und Jot. Gerbinger, sowie Hel. von Rabed.

Das vierte Sinfonieconcert, das Montag, 12. Januar, abends 7 1/2 Uhr, im Landestheater stattfindet, beginnt im Zeichen von Felix Mendelssohn, dessen 100. Geburtstag die musikalische Welt in aller Stille am 21. Dezember 1907 zu feiern hatte. Von dem bedeutenden Dichter-Komponisten, dem Begründer des „Licht“ und Wagner's, kommt die Ouvertüre zu den lyrischen Dramen „Der Eid“ zur Aufführung, ein Werk, das sich seines programmatischen, den Gang der Handlung vorausnehmenden Charakters wegen sehr gut zum Konzertsitz eignet. Als Novität erscheint in der Mitte des Programms eine Fanzuite von Bela Bartok, dem Führer der ungarischen Modernen. Den orchestralen Teil des unter der Direktion von Staatskapellmeister Alfred Lorenz stehenden Abends beschließt die Zweite (D-dur-)Sinfonie von Johannes Brahms. Als Solistin ist die bekannte und in europäischen Konzertsälen vielfach gefeierte Kammerfängerin Elisabeth Schumann von der Wiener Staatsoper gemeldet. Sie wird zunächst die Arie mit obligater Violine aus der Cantate „Alte pastore“ von Mozart zum Vortrag bringen und sodann Orchesterlieder von C. von Frankenstein, dem jetzigen General-Intendanten der Bayer. Staatsoper und von Richard Strauß singen.

Räte Harmerberger. Aus Nazan kam die Nachricht, daß unsere Feinde, bei Kritik und Publikum allgeachtet Souveräne Frau Räte Harmerberger gestorben ist. Die Künstlerin, die mit unseren früheren Musikern Herrn Koba verheiratet war, zog sich nach ihrem Auscheiden aus dem Karlsruher Opernverband nach Nazan zurück, wo sich das beliebte Künstlerpaar, durch seine Kunst ebenfalls einen großen Freundeskreis erwarb.

Das Ende der Wochenfürsorge

Von Friedrich Meets

Sehen manche sozialpolitische Einrichtung, über die man sich freuen konnte, in der letzten Zeit wieder verloren gegangen. Die allgemeine Wochenfürsorge für „Minderbemittelte“ hat inzwischen eine Form bekommen, die man überhaupt nicht mehr von ihr als einer nennenswerten und besonderen Einrichtung sprechen kann.

Die ersten Monate des Weltkrieges erlebten starke bedürftigkeitspolitische Bestrebungen. Dabei kam man auch darauf, den erschwerend hohen Verlust an Menschenleben durch einen erhöhten Schutz der Wälder und Säuglinge auszugleichen. Bis dahin war nur ein ganz kümmerlicher Anfang einer Mutterfürsorge im Gestalt der Wochenhilfe der Krankenkassen vorhanden. Die früheren Krankenversicherungsgesetze sahen lediglich den Bezug eines Wochengeldes auf die Zeit von erst drei, später vier und zuletzt für einige Arbeiterinnengruppen von sechs Wochen vor. Die Gewährung der Bezüge auch an nicht selbst versicherte Familienangehörige der Mitglieder war zwar als eine freiwillige Vorsehung der Kassen vorgesehen, doch wurde davon so gut wie kein Gebrauch gemacht.

Bei Beratung der Reichsversicherungsordnung forderten die Sozialdemokraten kräftige Ausgestaltung der Wochenhilfe, z. B. obligatorische Gewährung eines Schwangerschafts-, Freie Schwangerschafts-, Stillgeld für 26 Wochen usw. Weil angeblich kein Geld da sei, wurde das aber alles abgelehnt. Eingeführt wurde nur die Verlängerung der Bezugszeit des Wochengeldes auf acht Wochen (bei Landkrankenkassen konnte jedoch eine Stützung bis auf vier Wochen eintreten) und die Zulassung einer Reihe freiwilliger Mehrleistungen, von denen aber nur ganz wenige große Kosten Gebrauch machten. Unter dem 3. Dezember erschien, weniger aus sozialpolitischer Hinsicht als vielmehr als eine Kriegsmassnahme eine „Verordnung über Wochenhilfe während des Krieges“. Als Voraussetzungen für die neuen Leistungen war immer noch eine längere Zugehörigkeit zu einer Krankenkasse vorgesehen. Erst die Verordnung vom 23. April 1915 erweiterte den Kreis der Anspruchsberechtigten erheblich. Es kamen hinzu alle Ehefrauen derjenigen Kriegsteilnehmer, die Kriegsfamilienunterstützung bezogen oder sonst als „minderbemittelt“ galten, sowie alle ledigen Wöchnerinnen, die einem Munde eines Kriegsteilnehmers das Leben schenken. Das war ein erheblicher Fortschritt, auch in der „moralischen“ Einstellung der Gesetzgebung zu den ansehnlichen Minderen. Die Kosten der Fürsorge trug das Reich, soweit die Wöchnerin nicht anspruchsberechtigtes Mitglied einer Krankenkasse war. Mehrere folgende Verordnungen dehnten die Leistungen noch weiter aus.

Nach Beendigung des Krieges half die Reichsregierung zunächst mit einigen Verordnungen über die Überbrückungzeit hinweg. Man war aber der bestimmten Ansicht, daß die durch Kriegsmassnahmen eingeführte Wochenfürsorge für nicht krankenversicherte Wöchnerinnen unter allen Umständen erhalten bleiben müsse. Im August 1919 stellte demnach die Nationalversammlung in Weimar ein dahingehendes Gesetz fertig. Die Leistungen waren ungefähr dieselben, wie sie die Sozialdemokratie bei Beratung der Reichsversicherungsordnung beantragt hatte. Das Gesetz unterschied zwischen „Wochenhilfe“ und „Wochenfürsorge“. Ersteres ist die von den Krankenkassen zu leistende Hilfe, die sich wieder in „Kassenwochenhilfe“ an die persönlich versicherten Wöchnerinnen und in die „Familienwochenhilfe“ an die versicherungsfremden Familienangehörigen der Versicherten aufteilt. Diese wurde zu einer obligatorischen Leistung erhoben. Als Wochenfürsorge wurde die Unterstützung an alle sonstigen nichtversicherten „minderbemittelten“ Wöchnerinnen, die nicht ein bestimmtes Mindesteinkommen erzielen, bezeichnet. Das Gesetz wurde sehr häufig geändert; durch die Zusammenfassung der Wochenhilfe und der Wochenfürsorge in ein und dasselbe Gesetz als unpraktisch erweist, wurden in zwei Gesetzen vom 9. Juni 1922 beide Einrichtungen getrennt. Die Inflationszeit bedingte eine häufige Hinaufsetzung der Geldbeträge.

Da sich das Reich von allerlei sozialfürsorglichen Aufwendungen entlasten wollte, erschien unter dem 13. Februar 1924 die Verordnung über die Fürsorgepflicht. Sie erklärte die Wochenfürsorge zu einer öffentlich-rechtlichen Fürsorgeaufgabe, die von den neuen Fürsorgeverhältnissen zu erfüllen ist. Deshalb hob sie auch jenes Gesetz vom 9. Juni 1922 über die Wochenfürsorge und die Ergänzungsgesetze auf. Die Vorschriften dieser über Voraussetzungen, Art und Maß der Fürsorge sollten aber vorläufig weiterbestehen. Im Hinblick auf den eingetretenen Währungsumschwung war aber mit den Vorschriften nichts mehr anzufangen. Die Einkommensgrenze, bei deren Nichterreichen eine Wöchnerin als minderbemittelt galt, war längst überholt. Damit war in Wirklichkeit schon die ganze Wochenfürsorge so gut wie aus der Welt geschafft.

Inzwischen sind nun die endgültigen „Reichsgrundzüge über Voraussetzungen, Art und Maß der öffentlichen Fürsorge vom 4. Dezember 1924“ erschienen. Nach ihnen besteht eine selbständige oder nennenswerte Wochenfürsorge überhaupt nicht mehr. Wöchentlich gefast ist, daß zu dem „notwendigen Lebensbedarf“, der den „Hilfsbedürftigen“ zu gewährt ist, auch „Hilfe für Schwangere und Wöchnerinnen“ gehört, heißt es dann in § 12: „Schwangere und Wöchnerinnen sind je nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit ärztliche Behandlung, Entbindungskostenbeitrag und Wochengeld, Wöchnerinnen, die ihr Kind stillen, außerdem Stillgeld zu gewähren. Die Hilfe soll ihnen das sicherstellen, was die Reichsversicherungsordnung den Familienangehörigen der Versicherten gewährt (Familienwochenhilfe). In die Stelle borer Beihilfen können auch Sachleistungen treten.“

Dieser kümmerliche Rest der Wochenfürsorge ist kaum noch erwähnenswert. Anspruch sollen hiernach nur „hilfsbedürftige“ Wöchnerinnen haben. Hilfsbedürftig ist aber nur, „wer den notwendigen Lebensbedarf für sich und seine unterhaltsberechtigten Angehörigen nicht oder nicht ausreichend aus eigenen Kräften und Mitteln beschaffen kann und ihn auch nicht von anderer Seite, insbesondere von Angehörigen, erhält“. Bei der Auslegung dieser Begriffe wird es ganz auf den sozialen Geist ankommen, der in einem Bezirksfürsorgebereich herrscht. Besonders bei der Anwendung auf Schwangere und Wöchnerinnen kann ein Bezirksfürsorgeverband immer dahinter kommen, daß entweder der „notwendige“ Lebensbedarf gedeckt ist oder von anderer Seite gedeckt werden kann. Es ist bekannt, daß es noch recht viel sozialpolitisch rückständige Gemeinden gibt.

Die Hilfe soll auch nur „sicherstellen“, was die Reichsversicherungsordnung in der Form der Familienwochenhilfe vorsieht, sie will nicht etwa diese Bezüge gewähren. Diese Deutlichkeit wird noch dadurch unterstrichen, daß die Leistungen je nach Art und Grad der Hilfsbedürftigkeit eintreten sollen. Es ist also sehr wohl möglich, daß der Entbindungskostenbeitrag, das Wochengeld, das Stillgeld usw. nur zur Hälfte, zu einem Drittel usw. gewährt wird. Schließlich können statt borer Beihilfen auch Sachleistungen geliefert werden. Wie werden sie angerechnet? Bei solchen Vorschriften geht jede Sicherheit, Stabilität und Kontrolle der Fürsorge verloren. Gewiß kann im Falle der Ablehnung eines Antrages oder sonstiger Nichtinbezahlung der gesetzlichen Vorschriften eine Klage an den zuständigen Verwaltungsbehörden geltend gemacht werden. Wer wird aber bei den einmaligen Leistungen diese Unzulänglichkeiten auf sich nehmen? Nebenfalls ist der Rechtsanspruch, den das frühere Gesetz über Wochenfürsorge vom Jahre 1919 jeder bedürftigen Mutter gab, wenn nicht ganz aufgehoben, so doch stark beeinträchtigt worden.

Somit sind die Hoffnungen, daß sich aus der Kriegswochenhilfe eine allgemeine bauernde Reichswochenfürsorge entwickeln, gescheitert worden.

Kleine badische Chronik

Graben. Am Samstag, 31. Januar 1925, findet im Saale des Gasthauses zum „Eichsprünz“ eine von den „Landwirtschaftlichen Bezirksvereinen Karlsruhe und Philippsburg“ veranstaltete Ausstellung von Saatgut und Kartoffeln sowie von Maschinen und landwirtschaftlichen Gerätschaften statt.

Wiesbaden. In dem schrecklichen Unglück im hiesigen Krankenhaus erfahren wir noch, daß Medizinalassistent Krehmann vorläufig vom Dienst entbunden wurde. Krehmann hat eingestanden, vor der Operation, die dem Unglück vorausging, in dem neben dem Operationszimmer befindlichen Wochenzimmer ausrastet zu haben. Die auf so schreckliche Weise ums Leben gekommene Krankenschwester Marie Dehner wurde in ihre Heimat nach Großsachsen (Hohensohlen) überführt.

Trarbach. Der 21 Jahre alte Tagelöhner Fridolin Kramer aus Hornberg wurde wegen Straßenraubs verurteilt und ins hiesige Gefängnis eingeliefert. Er hat einen Altersrentner aus Reichenbach auf der Straße überfallen und sich seiner Bäckerei, die in der eben ausgehenden Woche bestanden, bemächtigt, Kramer ist verurteilt.

Bräunlingen. Bei Donauverschnitten. Wegen Tollwutverdacht wurde hier von der Gendarmerie ein Hund erschossen. Der Kopf des Tieres ist zur wissenschaftlichen Untersuchung eingeschickt worden.

Säckingen. In Säckingen sowohl wie in Böttingen wurden Beerdigungen aus dem Altertum aufgedeckt. In Säckingen wurden 12 Grabstätten geöffnet und Gegenstände aus Eisen und Bronze gefunden. Ferner Tongefäße und geringe Schmuckgegenstände.

Mensbach bei Konjanz. Hier ereignete sich in den letzten Tagen ein tödlicher Unglücksfall. Der 12jährige Sohn der Kriegsgewinnin Dugo Mahbacher stürzte von der Heubühne eines Landwirts in die Tenne und erlitt einen Schädelbruch. In bewußtlosem Zustande wurde er in die mütterliche Wohnung verbracht, wo er nach wenigen Stunden verschied.

Vörsach. Der beim Abitur des Flugzeuges verunglückte Fluglehrer Scheppe ist, ohne das Bewußtsein wieder erlangt ab haben, seinen schweren Verletzungen erlegen. Der Monteur, der nur leichte Verletzungen davontrug, befindet sich auf dem Wege der Besserung. — Das Unglück soll nach einem Bericht eines Radmannes nicht durch den Windstoß verursacht worden sein, sondern durch das schlechte Funktionieren des Motors. Scheppe war etwas aufgeregt, weil er befürchtete, bei dem geplanten Flug nach Münsingen zu spät nach dort zu kommen und beschloß, trotz des Abtrabs des Mechanikers, der wegen des Motordefekts wartete, abzufliegen.

Zwei weitere Winterpostfahndzüge Rhein-Schwarzwald. Für diesen Winter sind nach neueren Beschüssen der Bahnbewirtschaftungen zwei weitere Winterpostfahndzüge vom Rhein nach dem Schwarzwald als Vermittlungsfahndzüge vorgesehen. Es sollen danach verkehren am 31. Januar ein Sonderzug von Wiesbaden über Mainz-Frankfurt-Mannheim-Karlsruhe-Offenburg-Freiburg-Basel mit Anschlüssen in Offenburg nach Trüben und der badischen Schwarzwaldbahn und in Freiburg nach der Hölentalbahn und Feldberggebiet, ferner am 1. Februar ein Sonderzug von Dortmund über Oberhausen-Duisburg-Düsseldorf-Köln-Noblenz-Siedelsberg-Karlsruhe bis Basel, ebenfalls mit Anschlüssen ab Offenburg nach Trüben und ab Freiburg ins Hölental. Die Züge haben die üblichen Fahrpläne, die Fahrpläne sind verfahren zu einer Zeit, wo im Schwarzwald die Viehwässer auf den verschiedenen Winterpoststationen noch in vollem Gange sind.

Erdbeben in Vorbaden und der Schweiz

Vörsach. Die schweizerische Erdbebenwarte in Zürich meldet über das Erdbeben, das am 3.45 Uhr als ein meist unmerkliches Erdbeben schwächeren, d. h. dritten oder vierten Grades festgestellt wurde. In der Schweiz namentlich aber in der nördlichen und Westhälfte wurde das Beben wahrgenommen. In Zürich wurde es wiederholt als Vertikalfeld beobachtet. Der Herz des Erdbebens wird von der Schweizer Presse im Neuenburger Jura Tal bei Trarbach angegeben. Es ist dies ein Erdbebenherd, der in letzter Zeit nicht mehr viel von sich reden machte. In einigen Dörfern des Jura wurde das Erdbeben so stark verspürt, daß die Bewohner von einer Panik ergriffen wurden und in Neuchâtel waren die Erdbeben verhältnismäßig besonders stark spürbar. In Elzach wurde das Beben auch wahrgenommen, besonders stark in der Gegend zwischen Gollmar und Schlettstadt. Das Seismometer in Basel hat das Erdbeben als Horizontalstoß registriert.

Vörsach. Die schweizerische Erdbebenwarte in Zürich teilt über das Erdbeben am 8. Januar mit, daß der Nord etwa 100 Kilometer westnordwestlich von Zürich in der Gegend von Ocho und Vallorby, wo das Beben besonders stark gemerkt hat, liegt. — Der Zug des Jura geht wie einzelne Gegenden im Innern des Jura und am Nordrande zu den Gegenden der Schweiz, wo es auch zu Beben im Erdinnern zu verspüren sind. Das Beben im Jura vom 8. Januar soll aber erheblich härter gewesen sein, als alle Erdbeben, welche von dem Juragebiet in dem letzten Jahrzehnt ausgegangen sind.

Trarbach. Im oberen Osttal wurden an verschiedenen Orten leichte Erdbeben wahrgenommen, die von einem leichten Nollen begleitet waren. Die Erscheinung wird außer hier auch aus Gremmelbach als beobachtet gemeldet.

Heder-Erinnerungen

Man schreibt uns aus Konstanz: Der Gebäudekomplex am Stephansplatz, heute das Stadthaus, Schule usw., war früher Franziskanerkloster. Stifter war ein Ober von Grüneberg (1250). Im Speisesaal des Klosters fand das Verhör von Johannes von Hieronymus von Braun statt. Nach Aufhebung des Klosters dienten die Gebäude als Kaserne. Später hat den ganzen Komplex die Stadt erworben und baute die Gebäude zum Stadthaus, zu Schulen usw. um. Das Hauptgebäude mit dem Turm zum Stephansplatz wurde im vergangenen Jahre neu restauriert; besonders der Turm hat historische Bedeutung aus dem Jahre 1848. Die an dem Turm angebaute neue Gebäudeflügel hat u. a.: „Rom Balken rief am 12. April 1848 Friedrich Heder die deutsche Republik aus.“ Er hat dies bekanntlich, unter Mitwirkung des Konstanzer Schriftstellers Strube, den Vertreter des freiwirtschaftlichen Konstanzer Bürgermeisters Dietrich zum Tragen. Der Fortgang der Bewegung bis zu ihrem Zusammenbruch ist bekannt.

Nach dem deutschen Volkscharakter vergessen ist aber, mit welcher unerschütterlichen Strenge seitens der Regierung noch lange Jahre später nicht nur die Anhänger Heders, sondern sogar auch Weiber von Erinnerungen an Heder verfolgt wurden. In jener Zeit einen Heder (dreierlei) (dreierlei) (Schlapphut) zu tragen, war staatsgefährdend und daher direkt gefährlich. Was in diesen Zusammenhang damals geschah, zeigen folgende Fälle. Im Jahre 1851, also drei Jahre nach dem Scheitern, wurden in Hildesbach drei Bürger verhaftet und zunächst monatelang durch Zeugnisverfahren gefoltert, weil sie der Anführerschaft zu Heder zugehörig waren. Später wurden

Verurteilungen brachten nichts anderes mit als bei dem ersten seinen Freispruch mit dem Kopfe Heders, bei dem anderen ein gedrucktes Bild Heders, und bei dem dritten nur ein Mitgliedsnummer. Diese Fälle sind in diesem Fortlauf oft wiederholt. Um was für ein Mitglied es sich handelte, sagen die Akten nicht, wohl aber beweisen sie über den Besitzer des Mitgliedsnummers, über welches er verdächtige Angaben gemacht habe. Endlich kam die Gerichtsverhandlung in Konstanz. Der Beisitzer Koppheiser erhielt 14 Tage Gefängnis, der Beisitzer 4 Monate Gefängnis, der Beisitzer des Mitgliedsnummers wurde freigesprochen. Drei Urteile im Namen des damaligen „Rechts“.

Die nachrichtig ist dagegen die Regierung der deutschen Republik gegen die Anhänger der alten unzulässig gewordenen Monarchie! Wirken sie alle nach dem Strafmaß dieser drei Fälle bestraft — der Besitzer eines Mitgliedsnummers 4 Monate Gefängnis! — dann müßten wohl auf Jahrzehnte hinaus alle Schulen und Kassen in Gefängnisse umgewandelt werden. Diese Strafen gegen aber auch deutlich, wie eine etwa wieder aus dieser kommenden Monarchie mit den Weibern der Republik, den Anhängern dieser Staatsform und den Freunden der Führer dieser Republik umgehen wird.

Markt und Handel

Der Verkehr im Straßburger und im Kehler Hafen im Jahre 1924 hat einen Umfang erreicht, wie er überhaupt noch nie da war, und nicht einmal vor dem Kriege annähernd erreicht wurde. Die Gesamttonnage, welche umgeschlagen wurde, dürfte sich auf rund 2.800.000 Tonnen belaufen. Wenn man bedenkt, daß im Jahre 1913 eine Reichsgriffel mit 1.800.000 Tonnen erreicht wurde, so kann man ersehen, welche Entlohnung der Hafen genossen hat. Die Einfuhren belaufen sich insgesamt auf ungefähr 1.607.000 Tonnen, wovon 1.410.000 Tonnen auf Deutschland entfielen. Die Ausfuhr erreichte insgesamt 787.000 Tonnen, davon nach Deutschland 219.000 Tonnen. Die Einfuhr kann festgehalten werden, daß der Verkehr in den Hafenanlagen von Straßburg und Kehl gegenüber 1923 um über 50 Prozent zugenommen hat.

Reinigte Sechster und Schiffer, Rheinisch-Westfälische Gesellschaft m. b. H. in Mannheim. Die ordentliche Generalversammlung genehmigt den Abschluß für das Geschäftsjahr 1924 und die Goldmark-Gewinnabteilung nach den Vorschlägen der Verwaltung. Die Umstellung des Stammkapitals steht eine Heraussetzung der Geschäftsanteile auf das einheitsmäßige ihres Nominalbetrages in Aussicht vor.

Altkauer Butter- und Weichkäse vom 7. Januar. Die Preise sind bei grünem Weichkäse und ausgezeichneter Runderkäse Erzeugerpreise, bei Butter Konsumpreise Weich- und Runderkäse Großverkaufspreise, alle Erzeugerpreise zuzüglich aller Handelszuschläge ab Station des Bezugsgebietes ohne Verpackung, Marktloge: Butter 160—175 Mark, Weichkäse reine 50—55, noch höher bezahlte Preise haben ihren Grund in ungewohnter Spekulation. Konsumpreise 67—70, mäßige Nachfrage. Runderkäse ausgezeigte Ware in größeren Quantitäten wurde nicht gehandelt. Konsumpreise 110—150 umherändert ruhig.

Schweinemarkt Ellingen. Der Markt war besetzt mit 38 Ferkeln und 21 Läufern, verkauft wurden 33 Ferkel und 17 Läufer. Preis der Ferkel pro Paar 24—38 Mark, der Läufer pro Stück 25—38 Mark.

Schweinemarkt in Kallst vom 9. Januar. Der Markt war besetzt mit 185 Stück Läufern und 435 Stück Ferkel. Verkauf: wurden Läufer pro Paar 70—120 Mark, Ferkel pro Paar 30 bis 50 Mark, Rindfleisch in Käufer 81 und in Ferkel 88 Stück.

Marktbericht. Auf dem Vieh- und Pferdemarkt in Bretten wurden Preise erzielt für Großvieh von 150—200 Mark für Kleinvieh 60—100 Mark und für Pferde 100—140 Mark. — Auf dem Vieh- und Schweinemarkt von Habsfeld gingen Ochsen von 350—600 Mark, Fische und Kalbfleisch 200—300 Mark, Jungquint 80—240 Mark, Läufer kosteten 80—130 Mark, Ferkel 35—50 Mark, das Paar. — Auf dem Schweinemarkt in Engen kostete das Paar Milchschweine 35—45 Mark.

Nürnberg Hopfenbericht vom 8. Januar. Auf dem Hopfenmarkt waren 100 Wollen Zufuhr zu verzeichnen. Marktpreise und Gebirgspreise kosteten 245—360 Mark, Gallertener 290, 250 Mark.

Kleine Nachrichten

Offen. Das hiesige Schwurgericht beurteilte den Mörder, der am 9. Mai v. J. seine Schwägerin und seine Frau nach dem verurteilten Strafe erschoss und seinen Schwiegerbruder lebensgefährlich verletzte, zu 5 Jahren Gefängnis. Der Staatsanwalt hatte 7 Jahre Zuchthaus beantragt.

Galle. Zwischen Könnern und Raasdorf bei Halle ist ein fieses Drahtnetz über die Grenze gespannt worden. Ein Nachzügler fuhr in der Dunkelheit dagegen, überfiel sich und erlitt schwere Verletzungen. Durch den Unfall wurde ein Auto gebremst, das noch kurz vor dem Hindernis zum Halten gezwungen werden konnte. Der Gendarmerte gelang es, die Täter in der Person zweier Fremde aus Raasdorf zu ermitteln, die erklärten, aus Galle gegen die Autos gehandelt zu haben.

Schwerie. Vorgesicht abend sind auf dem hiesigen Bahnhof fünf Lokomotiven bei der Umleitung auf ein anderes Gleis auf einen Freilock aufgefahren, wobei sich die Lokomotiven umeinandergerieben. Zwei Lokomotivbedienten wurden leicht verletzt. Der Lokomotivbedienter Wegner aus Düsseldorf wurde getötet.

Rom. Nach dem „Mundo Pacific“ kam es in einem Dorf in der Nähe von Jura zu einem Kampf zwischen Kommunisten und Faschisten, wobei ein Kommunist getötet und ein anderer schwer verwundet wurde. Die Faschisten hatten einen Verurteilten. Die aus Jura herbeigekehrte Polizei verhaftete sämtliche Kommunisten, die an dem Konflikt beteiligt waren. Nach dem „Corriere d'Italia“ verordnete der Präfect von Mailand die Schließung von 25 Weinstuben. Er ließ 100 Personen verhaften und 300 Hausdurchsuchungen vornehmen. Dasselbe Mail meldet aus Bologna, daß dort die Hausdurchsuchungen fortgesetzt werden.

Aus dem Elbez. In Plettschheim hat eine Feuerbrunst zwei Wohnhäuser eingeschert. In a sind 20 Schweine verbrannt. Der Gesamtschaden wird auf mehr als eine halbe Million Franken geschätzt. In den Stallungen eines Nachbarhauses fand man den Leichnam eines Menschen, der durch einen durchschüttelten Reble vor. Man nimmt an, daß er aus Unvorsichtigkeit den Brand verurteilt und sich deshalb das Leben genommen hat. — In einem Wald bei Schand verunglückten beim Wegengleichen drei polnische Arbeiter. Zwei sind tot, der dritte schwer in Lebensgefahr.

Neuerf. Zum erstenmal seit Anbruch des Weltkrieges hat das Luftschiff „Los Angeles“ gestern wieder über Neuerf.

Tabletten hervorragend
herbortend bei:

12601 **Gicht** **Serenität**
Rheuma **Nerven- und**
Schias **Kopfschmerzen**

Tonalität die Schmerzen und Schweiß die Wärme aus.
Tragen Sie Ihren Arzt — In allen Apotheken erhältlich.
Preis 12,60 Lit. 0,16% Chinin, 7,5% Acid. acetic. vol. ad 100 Amyum

Karlsruher Chronik

Karlsruhe, 10. Januar

Geschichtskalender

10. Jan. 1778 Der Naturforscher Karl v. Linné in Uppsala. — 1908 Bülow lehnt im preussischen Landtag das allgemeine Wahlrecht ab. — 1920 Der „Briedensvertrag“ von Versailles tritt in Kraft.

11. Jan. Der amerikanische Schriftsteller Howard Taylor u. Kennet Sauer. — 1882 Der Naturforscher Th. Schwann (Beagr. d. Zellentheorie) in Köln. — 1923 Französisch-belgischer Einmarsch in das Ruhrgebiet.

Parteinachrichten des Soz. Vereins Karlsruhe

Sozialen. Bürgerausbildungskurs. Dienstag abend 8 Uhr im kleinen Rathhausaal Fraktionsstimmung. Das Erscheinen aller Fraktionsmitglieder ist erforderlich.

Beizt Substanz. Am Mittwoch, 14. ds. Mt., abends 8 Uhr findet in der „Deutschen Eiche“, Augustenstr. 60, unsere erste Bezirksversammlung in diesem Jahre statt. Gewisse Landtagsabg. A. Weiskamm wird einen Vortrag halten über „Kritik des Sozialismus und über Sozialpolitik“. Alle Mitglieder unserer Bezirke, auch die Volkswirtschaftler werden dringend ersucht, sich diesen Abend freizuhalten, um in der Versammlung anwesend sein zu können.

Führung durch das Landesmuseum. Am Sonntag, den 11. Januar, veranstaltet der Bildungsausschuss unserer Partei eine Führung für Jugendliche durch das Landesmuseum. Führer wird Gen. Sekretär Stenz sein. Die Jugendlichen, die sich Donnerstag abend bereits gemeldet haben, sowie auch weitere Teilnehmer, die sich an der Führung beteiligen wollen, werden ersucht, um 1/10 Uhr vormittags sich vor dem Schlossportal einzufinden. Da die Führung pünktlich beginnen soll, werden die Teilnehmer ersucht, je rechtzeitig einzutreffen.

Reichsbanner „Schwarz-Rot-Gold“

Heute Samstag abend Bezirksfeier im Friedrichshof. Es werden mit: Frk. Ant. Korfka vom hiesigen Landesheute (Wieder zur Karte), Frk. Weiskamm (Regierungsabg.) eine Mitteilung der Landtagsabg. und die Reichsbannerkapelle. Alle Kameraden sind beizugeladen.

Sonntag morgen 9 1/2 Uhr Antreten sämtlicher univ. mierter Mannschaften im Garten des „Friedrichshof“.

Hoffnung

Wenn zur Arbeit ruft der Tag,
Reißt wir uns aus dem Schlummer,
Neu zu kämpfen gegen Nag,
Gegen Sorgen, gegen Kummer...

Unsere Jugend rinnt dahin
Unre besten Lebensjahre
Stiehlt die Not uns. Als Gewinn
Schieben zeitig uns die Dares!

Sinat die Schindlucht noch so laut
Ist uns, — sie muß schweigen, sterben,
Während unser Hände Haut
Karben furchen, Schwielen gerben!

Dennoch wollen wir uns Licht
Aus des Lebens Aderungen!
Glück es den Alten nicht,
Glück es doch dereinst den Jungen!

Der Winter, der keiner ist

Nach der Zeit reden wir mitten drin im Winter, und trotzdem haben wir keinen Winter. Wo bleibt denn heuer der Winter, fragte die Leute. Ja, wo bleibt er denn? Die Meteorologen wissen darauf keine Antwort. Sollten die Bibelherleger recht haben, die saaten, daß dieser Winter ein Winter ohne Schnee sei?

Unser Winter hat sich eine Karrenkappe aufgezogen, denn das Wetter ist niemals so eigenartig gewesen, wie diesen Winter. Man könnte meinen, der April hätte sich vorgedrängt und wollte jetzt der erste der zwölf Monate sein.

Unser Winter ist ein sonderbarer Kauz. Die Kinder und arsten Leute warten noch immer auf ihn. Sie hoffen noch immer, daß der Winter kommt. Die Kinderbände brennen darnach, sich in Schnee zu wühlen und selbst im Schnee zu wälzen. Schneemänner zu bauen, und mit Schneebällen einander zu bewerfen. Und die großen Menschen warten nur darauf, warten auf jeden Sonntag, daß sie mit ihrem Bob, mit ihren Eis ausziehen können, um beim Wintersport sich zu freuen und zu erholen.

Vielleicht bekommen wir doch noch einen Winter. Nein, den Winter haben wir, was wir brauchen ist Schnee, Schnee, Schnee!

Man darf es so, als sei Schnee herabgefallen und Felsen und Wiesen und Dächer sind weiß. Aber es ist nur Raubreif. Wir ist dann immer so, als wolle uns der Winter foppen. Nun, vielleicht ist der Winter doch noch lieb zu uns. Vielleicht!

Eine praktische Neuerung im Verkehrswesen

Die starke Zunahme des Autoverkehrs brachte auch eine Häufung der Verkehrsunfälle mit sich. Viele dieser Unfälle haben ihre Ursache darin, daß die Passanten und die Lenker anderer Fahrzeuge bei Kreuzungen über die Fahrtrichtungen des Autos im unklaren waren. Um diese Gefahren zu überwinden, sind in letzter Zeit Fahrtrichtungsanzeiger an verschiedenen Autos beobachtet worden. Seitwärts vom Auto ist eine doppelte Glasscheibe angebracht, die durch einen Druckknopf vom Lenker oder vom Innern des Wagens aus beleuchtet wird und durch einen schwarzen drehbaren Pfeil für jedermann in deutlicher, von allen Seiten gut sichtbarer Form bei jeder Veränderung des Kurzes die Fahrtrichtung anzeigt. Die denkbar einfachste Konstruktion bürgt für sichere Funktion des Feigers. Eine allgemeine Einführung dieses Feigers, durch den ohne Zweifel viel Unfälle verhütet werden,

ist dringend wünschenswert, ja notwendig. Sie liegt dazu auch im Interesse der Autobesitzer, um die Fahrzeuge selbst vor Schäden zu bewahren.

Abschlußzahlungen auf die Einkommen- und Körperschaftsteuer 1922

In einem Erlass vom 8. April 1921 hatte der Herr Reichsminister der Finanzen bereits darauf hingewiesen, daß die Maßnahmen wegen der Festsetzung besonderer Abschlußzahlungen auf Einkommensteuer und Körperschaftsteuer 1922 möglichst bald erledigt sein müßten. In Ergänzung dieser Anordnung hat, wie uns die Handelskammer Karlsruhe mitteilt, der Reichsfinanzminister unter dem 24. Dezember 1921 (III C 5427) folgende Bestimmungen getroffen:

1. Abschlußzahlungen sind, wenn der festzusetzende Betrag 2000 Reichsmark nicht übersteigt, überhaupt nicht mehr festzusetzen. 2. Wenn ein Finanzamt, beabsichtigt, eine besondere Abschlußzahlung festzusetzen, die über den zu 1. bezeichneten Betrag hinausgeht, so ist in jedem Falle vor der Festsetzung die Genehmigung des Reichsfinanzministers einzuholen. Bei der Festsetzung der Abschlußzahlungen sind folgende Punkte zu beachten: a) Von einer Abschlußzahlung der Festsetzung einer besonderen Abschlußzahlung ist, wenn nicht ganz besonders schwerwiegende Gründe für sie vorliegen, grundsätzlich überhaupt abzusehen. b) Aus der Verlesung des Vermögens vom 31. Dezember 1922 und 31. Dezember 1923 kann ein Einkommen nicht ohne weiteres errednet werden. Zunächst sind die Vermögensstände ganz verschieden (Dollar am 31. Dezember 1922 = 7200 M., am 31. Dezember 1923 = 4,2 Billionen Mark). Abgesehen davon kommen aber Wertsteigerungen bei an beiden Stichtagen vorhanden gewesenen Vermögensgegenständen überhaupt nicht in Betracht. Grundbesitz kommt es daher nur auf im Jahre 1923 neu erworbenes Vermögen an.

Der Grundbesitz zu 1 gilt nicht, wenn mit Zustimmung des Steuerpflichtigen die Einkommensteuererhebung für 1922 ausgesetzt wird oder wenn sich Angaben des Steuerpflichtigen, auf Grund deren eine Abschlußzahlung festgesetzt worden ist, als wesentlich unrichtig abzeichnen herausstellen.

Die Reichsgründungsfeier in der Festhalle

Wie schon kurz bekannt gegeben wurde, wird das hiesige Staatsministerium am Sonntag morgen, den 18. Jan., dem Tage der Reichsgründung, im großen Saale der Karlsruher Festhalle eine Feier veranstalten, die sich durch die Teilnahme aller Kreise der Einwohnerschaft zu einer großen patriotischen Kundgebung für den Gedanken der deutschen Einheit gestalten soll. Die Festrede hat der hervorragende Direktor der Landesbibliothek, Professor Dr. Walter Geyer, der auch in Baden schon als glänzender politischer Redner bekannt ist, übernommen. Bei der Feier wird auch das Orchester des hiesigen Landesopertheaters unter der Leitung des neuen Karlsruher Generalmusikdirektors Ferdinand Wagner mitwirken.

Bist Du schon bei 1?

Im neuen Jahre säßen alle Genossen und Genossinnen ganz genau, wieviel neue Leser sie dem „Volkstribun“ und wieviel neue Mitglieder sie der Partei zuführen. Die Zeit für die Verarbeitung ist äunstig, und alle müssen versuchen, sich in den nächsten Tagen die erste 1 zu notieren. Am Jahresabschluss soll dann niemand mit sich selbst unzufrieden sein, unsere ganze Bemegung wird dadurch aber eine so gewaltige Förderung erfahren, wie wir sie nötig brauchen. Banat alle an zu zählen!

Leber die Behandlung von Gefrierfleisch

Infolge der hohen Preise für Frischfleisch sind viele gezwungen, zu Gefrierfleisch zu greifen. Jedoch besteht über seine Behandlung noch vielfach Unklarheit. Ein Fachmann schreibt uns dazu:

Seiner Herkunft nach ist das Gefrierfleisch den meisten aus Deutschland kommenden Fleischsorten mindestens ebenbürtig. Die Hauptausfuhrstaaten sind Argentinien und Brasilien. Die argentinischen Rinder und Schafe sind denen des besten deutschen und englischen Fleisches gleichwertig, das hiesige Vieh ist geringer, aber durchaus nicht schlecht, in gesundheitlicher Beziehung sind beide unferem deutschen Viehfleisch den entchieden überlegen. Es ist also nicht richtig, daß Gefrierfleisch als solches minderwertiger Herkunft anzusehen ist; im Gegenteil handelt es sich vielfach um solches von besonders guten Viehfleischenden.

Behandlung des Fleisches. Eine wesentliche Verschlechterung kann die Fleischbeschaffenheit durch ungewöhnliches Einfrieren und Auftauen erleiden. Wenn man das Fleisch bei starker Kälte einfrieren läßt, so wird das Gewebe zerstört und beim späteren Auftauen fließt aus den zerprengten und zersetzten Gewebestandteilen der nachhafte Inhalt (der eiweißreiche Fleischsaft) ungeschützt ab. Wo das Einfrieren bei einer Temperatur erfolgt, die über diesem sogenannten „Todespunkte“ liegt (18—20 Grad Kälte), wird die Beschaffenheit verschlechtert. Weil in einigen überseeischen Kühlanlagen darauf nicht genügend geachtet wird, ist das Gefrierfleisch nicht immer gleichmäßig gut. Auf diese Vorgänge, die ein gutes Fleisch zwar minderwertig, aber nicht gesundheitsbedenklich machen, haben wir leider keinen Einfluss. Die Aufbewahrung muß bei 6 bis 8 Grad Kälte in trockenen gutelüfteten Räumen geschehen (sonst Schimmelbildung). Das richtige Auftauen ist zweifelslos von größter Bedeutung. Bei langsamen und vorsichtigem Auftauen bei einer Temperatur, die nicht höher als plus 2 bis 4 Grad Celsius ist, bleiben die Fleischsorten gut erhalten und der Nährwert unbeeinträchtigt. Bei raschem Auftauen (bei höherer Temperatur) werden ebenfalls Zellen und Gewebestellen zerstört, der Fleischsaft fließt ab, viel Nährwert geht verloren. Fest erst wird die Ware „minderwertig“.

Behandlung vor und nach dem Kochen. Ziel-fach wird behauptet, daß Gefrierfleisch beim Kochen oder Braten stets zäher werde als einheimisches. Das liegt daran, daß man das Fleisch nach dem Auftauen zu schnell zubereitet und verzehrt, weil man fürchtet, es werde verderben. In diesem Falle hat das Fleisch noch nicht die nötige „Reife“. In den meisten Fällen wird nämlich das Fleisch in den überseeischen Anlagen sehr bald nach der Schlachtung zum Einfrieren gebracht und bleibt in diesem Zustande zunächst unbeeinträchtigt. Fallschlachtl hat man also ein in diesem Sinne noch sehr „frisches“ Fleisch in der Küche, wenn man Gefrierfleisch nimmt. Jedes Fleisch ober braucht eine gewisse Reife, ganz frisches Fleisch ist fast immer sähe. Fleisch, das beim Einfrieren richtig behandelt und langsam aufgetaut ist, kann zwei bis drei Tage gut aufbewahrt werden; dann ist es ebenso zart und nahrhaft wie jedes andere. Um es weiterhin möglichst saftreich zu erhalten, soll es beim Kochen in bereits siedendes Wasser und beim Braten in das heiß geschmolzene Fett gelegt werden. Auch hierbei werden immer noch große Fehler gemacht.

Zusammenfassung: Im allgemeinen handelt es sich bei dem Gefrierfleisch um eine Ware von einwandfreier, häufig sogar besonders guter Herkunft. Nichta gefrorenes und (langsam) aufgetautes Fleisch ist mindestens so zart und wohlschmeckend, wie jedes andere, vielleicht noch vorzuziehen. Eben aufgetautes Fleisch von sehr früher Beschaffenheit soll man wie jedes andere etwa zwei Tage liegen (reifen) lassen. Etwas längere Aufbewahrung verträgt das Fleisch nicht, weil das Frieren und Auftauen die Reife und Zerlegung beschleunigt. Regelrecht behandelt ist Gefrierfleisch mindestens so gesund, an sich sogar appetitlicher, als zahlreiche andere Fleischsorten.

Nährpräparate

Die schlechten Ernährungsverhältnisse nach dem Kriege haben ständig die Frage in den Vordergrund gerückt, ob es nicht möglich sei, den Ernährungszustand der Bevölkerung dadurch zu heben, daß man ihr in vermehrtem Maße künstliche Nährpräparate zuführt. Sehr interessante Ausführungen auf dieser Frage hat neuerdings der Oberarzt der ersten medizinischen Universitätsklinik Berlin, Professor Dr. Gudzent, gemacht. Er schreibt u. a.:

„Wenn nun trotzdem die Nahrungsmittelindustrie seit jener Zeit, die mit dem Aufschwung der wissenschaftlichen Chemie und Medizin beginnt, in fast unübersehbarer Menge Nährpräparate herstellt und an den Markt bringt, so muß die Frage erwärtet werden, welchen Nutzen diese Präparate für den Menschen haben. Es ist hierbei nicht zweifelhaft, daß der gesunde der Nährpräparate nicht bedarf. Er wird sein Nahrungsbedürfnis viel wohlfeiler und ohne Gefahr für seine Gesundheit mit den üblichen Nahrungsmitteln befriedigen können.

Bei schwereren ist die Frage zu beantworten, ob und inwieweit dem Kranken mit Nährpräparaten genützt wird. Es gibt Verste, die auch für den Kranken einen Nutzen der Nährpräparate nicht anerkennen wollen. Sie behaupten, daß durch künstliche Maßnahmen die Schwierigkeiten, die eine ordnungsmäßige Krankenernährung bietet, zu bezwingen ist. Das ist sehr weitgehend richtig, bei der praktischen Durchführung aber sehr häufig mit unüberwindlichen Schwierigkeiten verknüpft. Ganz abgesehen davon, daß der verordnende Arzt nicht immer eine ausreichende Kenntnis über die Auswahl und die kochtechnische Herstellung der gerade notwendigen Nahrungsmittel besitzt, wird im einfachen, und auch im gut bürgerlichen Haushalt aus Mangel an Kochkenntnis die Durchführung der Anordnung des Arztes einfach unmöglich sein.

Wir wollen bei dieser Gelegenheit einmal prüfen, bei welchen Krankheitszuständen ein besonders ernährungsrechtliches Eingreifen erforderlich werden kann.

Bei allen fieberhaften und zehrenden Krankheiten, wie a. B. Typhus, Scharlach, Grippe, Lungentuberkulose, Geschwulstkrankheiten, chronische Gelenkerkrankungen, Magen-, Darmkrankheiten, Nerven- und Gehirnerkrankungen u. a. leidet nicht nur die Nahrungsaufnahme durch den mangelnden Appetit, es erfolgt auch fast immer eine erhöhte Einshmeltung der eigenen Körperreserven durch die krankmachenden Gifte. Hier muß der Arzt durch Erhöhung der Gesamtnahrungsaufnahme helfend eingreifen. Im Krankenhaus und im Sanatorium, dort allerdings auch nur dann, wenn geschultes Personal und entsprechende Einrichtung vorhanden ist, wird durch geeignete Kochtechnik das Ziel meist zu erreichen sein. In der Familie aber werden aus den schon genannten Gründen häufig alle Bemühungen scheitern. Das kann den Arzt veranlassen, Nährpräparate heranzuziehen, wobei vorauszusetzen ist, daß der Arzt hinreichend über den Wert des zu verordnenden Präparates orientiert ist. Es gibt weiterhin Krankheitszustände, bei denen es darauf ankommt, bestimmte Nahrungstoffe in verstärktem Maße zuzuführen. Ich denke da zunächst an Erschöpfungszustände infolge sozialer Not und an das Meer der nervös Erschöpften, deren Appetit und Kräftezustand häufig nur infolge einseitiger und nicht genügend abwechslungsreicher Nahrung, fast immer bedingt durch die Verhältnisse des Berufs und der Großstadt, gelitten hat. Dann ist zu denken an Wachstumsstörungen, an Stoffwechselerkrankungen u. a. Hier kann ein Mangel an bestimmten Eiweißhaufteilen, an Extraktstoffen, an Gewürzen, an fettähnlichen sogenannten lipoiden Körpern, an Mineralstoffen, an Vitaminen vorhanden sein, der durch ein geeignetes Nährpräparat behoben werden kann.

Freilich wird es dem in Nahrungsmittelchemie und Stoffwechsellunde weniger erfahrenen Arzt oft Schwierigkeiten bereiten, hier die Spreu vom Weizen zu sondern; denn auf kaum einem anderen Gebiete der Medizin blüht so der Schwindel, unterstützt durch eine wirksame Reklame in den Tageszeitungen und anderen Orts und verdrängt mit mehr oder weniger wissenschaftlichen und häufig auch musikalischen Schlagworten, wie hier. Eine staatliche Kontrolle, an der die anständige pharmazeutische Industrie zweifellos Interesse hätte, täte hier dringend not.

Es muß natürlich dem Arzt volle Freiheit gelassen werden, zu bestimmen, bei welchen Patienten von Nährpräparaten Gebrauch gemacht werden soll. Wenn aber die Gewähr gegeben ist, daß das zur Verfügung gestellte Präparat den wissenschaftlichen Anforderungen entspricht, wird dem Patienten, der das Nährmittel mit Nutzen nehmen soll, der Kost, die das Präparat bezahlen muß, und dem ordnenden Arzt, der für seine Maßnahmen verantwortlich ist, in gleicher Weise obdient sein.“

MAGGI'S Würze

hilft in der Küche sparen.

Dünne Suppen und Fleischbrühe, Gemüse und Soßen erhalten sofort kräftigen Wohlgeschmack durch Zusatz einiger Tropfen Maggi's Würze.



Die Maggi-Gesellschaft hat ihre Erzeugnisse der Kontrolle des Direktors des Hygienischen Instituts der Universität Berlin, Geheimrat Professor Dr. Martin Scharf, unterstellt.

Bevorzugter Bezug in großen Originalpackungen zu H. M. S.

MAGGI'S Würze, sparsame Küche.

Schießsport

Der Anfeindung und Demutungen aller Art ist es dem Arbeiter-Schießverein Karlsruhe gelungen, festen Fuß zu fassen. Gerade die letzte Zeit brachte ihm sehr viele Anerkennung.

Eine Bürgerauskunftung findet am Freitag, 16. Januar, nach 1 Uhr, im kleinen Konzerthausaal statt.

Darlehensschuldner. Unter den mannigfachen unfauberen Ergüssen die die augenblickliche Notlage der Landwirtschaft auszunutzen versuchen, nehmen die sogenannten Darlehensschuldner eine bedeutende Stellung ein.

Maschinenbau der Freien Turnerschaft. Die Freie Turnerschaft ladet auf morgen Sonntag abends zu einem Maschinenbau in die Festhalle ein.

Die Multiplikator - Markenbildung. Nach einer Verordnung der französischen Behörde mühten im besetzten Gebiet alle in den Schaufenstern ausliegenden Waren mit der Preisangabe versehen sein.

Bettelwesen. Es wird uns geschrieben: Durch das überhandnehmende Bettelwesen hat sich die Notwendigkeit ergeben, den Verein gegen Haus- und Straßbettel, dessen Tätigkeit während des Krieges und der Nachkriegszeit eingeschlagen war, wieder ins Leben zu rufen.

Die Winterhilfe. Die Winterhilfe, die seit 1. Dezember 1921 ihre Tätigkeit wieder aufgenommen hat, erreichte ein schon recht erfreuliches Ergebnis, obwohl die eingegangenen Spenden noch lange nicht den Umfang wie in den Vorjahren angenommen haben.

Aus den Vororten

Rüppurr. Ein erfreuliches Bild bot die am letzten Donnerstag stattgefundene Parteierammlung der Sozialdemokratischen Partei.

gut vertreten. Auf der Tagesordnung standen sehr wichtige Punkte. Gen. Prof. Wilhelm, ein in hiesigen Pariserkreisen sehr bekannter Redner, referierte über das Thema „Friedrich Nietzsche als Philosoph des Ausbeutertums“.

Veranstaltungen

Colosseum. Heute abend 8 Uhr Varietee-Vorstellung.

Festhallkonzert. Wir machen an dieser Stelle nochmals auf den am Sonntag, 11. d. M., nachmittags in der Festhalle stattfindende Konzert der Harmoniekapelle besonders aufmerksam.

Strandfest des Rheinclubs Germania. Die Rheinmänner werden, wie sie uns mitteilen, gebrochelt, daß der 3. A. 1000 Startbereitschaft hat und bestimmt die jeder Witterung eintrifft.

Pokalspiele. Am kommenden Sonntag finden hier, wie auch aus dem Inzerat ersichtlich, zwei Pokalspiele statt. Das eine Treffen A.B.B. gegen Bruchsal sieht eine Kreisligaanleihe in Front.

Gesellschaft für geistigen Aufbau. Man schreibt uns: Am Montag, 12. Januar, abends 8 Uhr, spricht im Kintheater Friedrich Gogarten über „Das Wesen des Protestantismus“.

Karlsruher Polizeibericht vom 10. Januar

Ein Kambrand entstand gestern abend 7.40 Uhr in einem Hause der Jähringerstr. Die herbeigerufene Feuerwehr mußte nicht mehr in Tätigkeit treten.

125 Stück Vieberschwanzregel wurden an dem Neubau des Darglandersitzes und Korweg in der Nacht vom 7./8. d. Mts. durch unbekanntes Täter gestohlen.

Opferkassendiebstahl: Am 8. d. Mts. wurden in zwei hiesigen kath. Kirchen die Opferkassen durch noch unbekanntes Täter erbrochen und ihres Inhaltes beraubt.

Verurteilungen: Am 8. d. Mts. wurden in zwei hiesigen kath. Kirchen die Opferkassen durch noch unbekanntes Täter erbrochen und ihres Inhaltes beraubt.

Aus dem Lande

Baden-Baden

Kurhausbühne. Erstaufführung: „Der Dieb“ von Genz Bernstein

Das Stück ist als glänzendes Rollenstück eines sehr geschätzten Theatralikers aufbewahrt. Es ist französischer Herkunft, sein Dokument der Literatur, aber der Topos eines auf gute Bühneneffekte gearbeiteten dramatischen Handwerks, an dem es in Deutschland fehlt.

Letzte Nachrichten Steigende Indexziffer

Berlin, 9. Jan. Die Reichsindexziffer für die Lebenshaltungskosten für den 7. Januar erhöhte sich gegenüber der Vorwoche um 0,7 Proz. auf 123,8.

Interalliierte Finanzminister-Konferenz

Paris, 10. Jan. (Eig. Funkdienst.) Das für die interalliierte Finanzminister-Konferenz aufgestellte Arbeitsprogramm sieht vor, daß zwischen den Delegierten von Frankreich, Belgien und England die Revision des in Brüssel aufgestellten Verteilungsplans im Zusammenhang mit der belgischen Priorität erörtert werden soll.

Paris, 10. Jan. (Eigener Funkdienst.) Die interalliierte Finanzministerkonferenz hat sich in Besprechung von Delegation zu Delegation mit der belgischen Priorität beschäftigt.

Zunahme der privatkapitalistischen Unternehmungen in Rußland. Moskau, 9. Jan. (Russ. Tel. Agentur.) Im Zusammenhang mit der beobachteten Zunahme der Beteiligung des Privatkapitals am Warenausfuhr werden jetzt in der Sowjetunion zum erstenmal Aktiengesellschaften ausschließlich mit privatem Kapital und auch gemischte Aktiengesellschaften unter Beteiligung von privatem und Staatskapital gebildet.

Vorkläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterkarte

Für Samstag, 11. Januar: Zeitweilig heiter, im Gebirge Frost, meist trocken, in der Ebene nur Nachfröste.

Salza

nach dem Berliner Mittelfuss vom 9. Januar 1925.
In Ausübung: Belgien 20.91 M per 100 belg. Fr. Gold-
Lapd 170.55 M per 100 holl. Gulden, Spanien 59.75 M per 100
Pta. Schweiz 81.48 M per 100 franken, It. Italien 17.89 M per
100 Lire, England 20.102 M per 1 Pf. Sterling, Schweden
118.15 M per 100 Kronen, Frankreich 22.51 M per 100 francs, Ne.
Cesterreich 5.917 M per 100 000 Kronen, Rußland 4.20 M per
1 Dollar, Estland 12.63 M per 100 Kronen.

Wasserstand des Rheins

Schutterinsel 42, aef. 2; Rehl 160, aef. 5; Maxau 327,
aef. 9; Mannheim 225, aef. 13 Zim.

Schneebericht

Erneute Schneefälle im höheren Schwarzwald

Im dem Schwarzwald, 9. Jan. (Privattelegramm). Nach-
dem in der vergangenen Nacht eine allgemeine Abschwächung des
geirigen (starken) Frostes im Gebirge erfolgte, begann es im
Laufe des Vormittags erneut zu schneien. Soweit uns Nach-
richten aus den höheren Gebirgszügen vorliegen, dauert das
Schneetreiben seit der 10. Morgenstunde an und im Laufe des
Nachmittags verstärkte sich der Schneefall weiter, jedoch bis zum
Freitag abend eine durchschnittliche Neuschneedecke von 10 Zenti-
metern bezeichnet wurde. Die Schneehöhen sind in den Lagen
oberhalb 500 bis 900 Meter fahbar, die Winterportausichten
durchweg günstig, sofern nicht wieder unerwartet Erwärmung
eintreten sollte. In einzelnen Bezügen die Meldungen:
Hurbau Sand: 0 Grad, seit demittags Schneefall, 5 cm
trüderer Schnee auf dünner Altschneedecke.
Dunsted: Anhaltend Schneefall, Westwind 0 Grad. Schne-
höhe 10 cm, 5 cm Schneunterlage.

Rußstein: Neuschnee 10 cm auf 5-10 cm Altschnee, anhol-
tende Schneefälle, -1 Grad, trüderer Neuschnee, Etbahn
möglich.
Vornisgrunde: Rebel und starker Schneefall, Schneehöhe
15 cm.
Freudenstadt: 0 Grad; seit demittags anhaltend Schneeg-
stüber, 10 cm Neuschnee in der Stadt, 15 cm auf umliegenden
Höhen (Aniebis).
Furtwangen: Schneetreiben, -1 Ralte, Schneehöhe 15
bis 20 cm, je nach Höhenlage. Gute Etbahnen nach Schönwald,
Drenb und oberhalb Triberg.
Neustadt-Tilsiter: Bewölkt, Schneefall, 0 Grad, 10-15 cm
Schneehöhe, es schneit weiter, Etbahn fahbar, Etbahn gut.
Feldbergerhof: Schneehöhe 25-30 cm pulvoriger Neuschnee,
-2, Westwind, Schneefall, Etbahn gut.
Garde-Schneidland: Schneehöhe 30 cm, 10 cm pulvoriger
Neuschnee, -2 Ralte, es schneit weiter, Etbahn sehr gut.

Standesbuchauszüge der Stadt Karlsruhe

Todesfälle. Servatius Schneider, Zimmermeister, Witwer,
alt 56 Jahre. Bruno Schottmiller, Fabrikarbeiter, Ehemann,
alt 42 Jahre. Emilie Weber, alt 32 Jahre, Sekretärin, ledig.
Hedwig Feuß, alt 62 Jahre, Ehefrau von Joh. Feuß, Regie-
rungsrat.

Der heutigen Nummer des „Volksfreund“ ist die

achtseitige Bilderbeilage
„Volk und Zeit“
der 2. Woche beigegeben.

Briefkasten der Redaktion

A., Riedelsheim. Wenn der Kranke nicht transportfähig ist,
hat er keine Möglichkeit, sein Wahlrecht auszuüben. Die Kran-
ken in Krankenhäusern — in Karlsruhe wenigstens — konnten
wählen, indem die Wahlkommission durch die Gasse ging und jeden
Kranken wählen ließ. Kranke zu Hause können ihr Wahlrecht
nicht ausüben.

Bei 4 Stellen **Bereinsanzeiger** bei 5 u. mehr Stellen
30 Pf. die Zeile **40 Pfennig die Zeile.**
(Werbungsanzeigen finden unter dieser Rubrik in der Regel keine Aufnahme,
es sei denn zum Festpreispreis berechnen.)

Karlsruhe
Arbeiter-Schülerverein. Jeden Sonntag vorm. 10 Uhr
Schießen im Fähringer Löwen (Regelbahn), Ede Fähringer- und
Niederstraße. Mitgliedskarte ist mitzubringen. 658
Athleten-Gesellschaft. Sonntag, den 11. Januar 1925, vor-
mittags 10 Uhr, Generalversammlung im Lokal Schrempfs Bier-
keller. 661
Steinarbeiter, Zahlstelle Karlsruhe. Sonntag, den 11. Jan.,
mittags 2 Uhr, im „Scheffelhof“, Rudolfstraße, Mitgliederver-
sammlung. 690
Der Vorstand.

Im Winter ist eine gute Suppe stets willkommen. Sie
wärmt, kräftigt und verschafft dem Körper behagliches Wohl-
gefühl. Am bequemsten stellt man delikate Suppen — in mehr
als 25 Sorten — aus Maggi's bekannten Suppenwürfeln her.
Diese brauchen nur noch kurze Zeit lebendig mit Wasser gekocht
zu werden, weil sie gerade das, was die Hausfrau selbst zu
einer guten Suppe nimmt, schon enthalten.

Arbeiter agitiert für die Parteipresse!

Inventur-Verkaufs

haben wir die Preise in allen Ab-
teilungen ganz bedeutend herabge-
setzt u. bieten damit eine ausserordent-
lich günstige Gelegenheit, sich mit
Qualitätswaren
preiswert einzudecken.

CHRIST. OERTEL

Kaiserstr. 101/103, zwischen Kronen- u. Adlerstr.,
Das Haus für gediegene
Wäsche- und Betten-Ausstattungen.

Manchester 3.20

p. Mtr. Mk. 4.50, 4.—, 3.80,
Grosse Auswahl in 653
Herren-Kleiderstoffen
Reste und Restbestände
weit unter Preis
Arthur Baer Kaiserstraße 133
Eingang Kreuzstr.
gegenüber der kleinen Kirche
Verkaufsort nur eine Treppe hoch.

Unsere Leser und Leserinnen

werden gebeten, bei ihren
Einkäufen in erster Linie
sich auf die Inserate
unseres Blattes zu berufen
und zu berücksichtigen die
Inserenten dieser Zeitung.



TEEKANNE
„der Gehaltvolle“
DESHALB DER BILLIGSTE u. ZUGLEICH
DER FEINSTE TEE IM VERBRAUCH

Mieter- u. Bauverein

Karlsruhe
Wir haben auf 1. Feb-
ruar 1925 zu vermieten:
Wohnung mit zwei
Zimmern und Küche,
ferner nur für Ge-
schäftsbedürfnisse Ge-
samtheite Geraden-
straße 8, 4. Stock eine
Wohnung von drei
Zimmern und Küche,
Bemerkungen bitten 618
Donnerstag, 15. 10. 24,
abends 6 Uhr im Büro
erfolgen, wobei die Ver-
mietung stattfindet. 653
Der Vorstand.

Fußballverein Grünwinkel e. V.

Unseren Mitgliedern zur Kenntnis, daß un-
sere diesjährige
General-Versammlung
am Samstag, den 17. Januar 1925, abends
8 Uhr, im Lokal stattfindet.
Tagesordnung:
1. Geschäftsbericht: a) des 1. Vorstandes,
b) des Spielauswärtigen.
2. Kassenbericht.
3. Entlastung.
4. Neuwahlen des Gesamtvorstandes.
5. Anträge und Beschlüsse.
Anträge sind schriftlich bis längstens 15.
Januar 1925 an den 1. Vor. Herrn Ludwig
Frannath, Glimmerstr. 10, zu richten. 72
Der Schriftführer: Der Vorstand:
Hermann Schöf. Ludwig Frannath.

2 Grundstücke

500 qm und 450 qm in
den Beiderhöfen zu verk.
Kauf Augustenstr. 37 IV.

Gebr. Herde

an der
Grenzstraße 10, Hof. 649

Pfannkuch
Eingetroffen:
2 Waggon
schwere
Staliener
Eier
schönwammig
tortiert und
durchleuchtet
10
Stück **1.68**
Pfannkuch

Religiöse Vorträge

vom 12. bis 18. Januar, abends 8 Uhr in der
Stadtkirche. Redner: Pastor Peterien aus Berlin.
Hauptthema:
„Die Religion der Laien.“
— Eintritt frei. —
Jedermann ist eingeladen. 639

Gesellschaft f. geistigen Aufbau

Montag, 12. Januar, spricht abends
8 Uhr im „Künstlerhaus“ (Karlsruh)
Friedrich Gogarten
über
Das Wesen des
Protestantismus
Karten zu 3.50, 2.50 und 1.— Mark
bei der Geschäftsstelle A. Bielefeld,
Marktplatz und an der Abendkasse.
Mitglieder Ermäßigung. 644

Gesucht

werden für hier und
auswärts:
Mehrere Hand- und
Maschinenformen sowie
Kernmacher.

Arbeiter

kaufen ihre
bl. Arbeitskleider,
Hosen,
Windjacken,
Anzüge, Mäntel,
Gummihandschuhe, Ruck-
säcke, Samtschuhe u. s. w.
Trittschenden u. Unter-
hosen
sehr preiswert bei
Maier,
Wendelsöhrplatz.

Ettlinger Anzeigen.

Zahlungs-Aufforderung.

Die von den Genussberechtigten auf den Bürger-
tag zu entrichtenden Voten stellen sich für das
Jahr 1925 wie folgt:

Bürger- genuss- aufgabe	Börs- macher- Lohn	Genuss- steuer- ertrag	Gesamte
1. Bürger mit Wiesen	41.20	27.80	71.—
2. Bürger ohne Wiesen	21.46	—	49.26
3. Witwen mit Wiesen	12.37	—	28.37
4. Witwen ohne Wiesen	—	—	14.—
5. Waisen	—	—	7.—

Nach § 4 der Verordnung des Ministeriums des
Innens vom 3. November 1884 sind die Voten auf
den Bürgertagen binnen 21 Tagen vom Tag der
Anstellung des Forderungszeichens zu bezahlen. Da
zu erwarten ist, daß unter den derzeitigen Verhält-
nissen einen großen Teil der Genussberechtigten nicht
möglich ist, diese Zahlungssumme bei Ausgabe der For-
derungsmittel einzubehalten, sind wir bereit, zur
Vollziehung der Forderungsbefehle zu bezahlen. Da
zu erwarten ist, daß unter den derzeitigen Verhält-
nissen einen großen Teil der Genussberechtigten nicht
möglich ist, diese Zahlungssumme bei Ausgabe der For-
derungsmittel einzubehalten, sind wir bereit, zur
Vollziehung der Forderungsbefehle zu bezahlen. Da
zu erwarten ist, daß unter den derzeitigen Verhält-
nissen einen großen Teil der Genussberechtigten nicht
möglich ist, diese Zahlungssumme bei Ausgabe der For-
derungsmittel einzubehalten, sind wir bereit, zur
Vollziehung der Forderungsbefehle zu bezahlen. 247
Ettlingen, den 10. Januar 1925.
Stadtkasse.

Baden-Baden.

Fortbildungsschule.
Schulpflichtig sind alle Knaben und Mädchen,
welche nach dem 30. April 1907 geboren sind;
auch wenn die Mädchen schon nach 2 Jahren auf
dem Lande entlassen wurden.
Aus- und Abmeldung spätestens am 4. Tage
nach Jung oder Weggang von Baden-Baden.
Volksschulreferat Baden-Baden. 245

Wingl-Neberzieh

12 Nr.,
schwarz, Tack-Neberzieher
mittl. Figur, 15 Nr., tabell.
braun u. grauer Kragen-
Neberzieh, hell. Raglan,
braun, Dam.-Belourmant
Nr. 4 für 15 Nr. b. Vogel,
Herrenstr. 20, I Tr. r. 650

Kauft eure

Lebensmittel
bei den
„Kola“
Mitgliedern.
Erkennlich durch Mitgliederschild.

Möbel

Zu Ausnahmepreisen:

Schlafzimmer Eiche, mit groß. 3-türigen Spiegel- schrank u. echt. weißen Marmor	525.-
Speisezimmer Eiche, Buffet, Kredenz, Zugsch. und 4 Lederstühlen	490.-
Herrenzimmer Eiche, mit großem 3-tür. Bücher- schrank, echt. Ledersofa, u. Stuhl.	485.-
Küchen Natur. lackiert, Buffet, Kredenz, Tisch, 4 Stühle in. echt. Linoleum	140.-

Möbelkaufhaus Kahn Waldstr. 22
neb. Kofosseum



Samstag, 17. Jan. Städt. Festhalle Anfang 8 Uhr. Ende 2 Uhr.

Großer Kostüm-Ball

Biertunnel: Wiener Schrammelmusik
 „Harmonie - Orchester“, Leitung: Herr Musikdirektor Rudolph.
 Eintritt für Nichtmitglieder incl. Steuer und Einlaßgebühr **2 Mk.**
 Mitglieder an der Abendkasse **1 Mk.**
 Vorverkaufstellen sind an den Plakaten ersichtlich.

Badische Lichtspiele

für Schule und Volksbildung
Konzerthaus.

Film- und Lichtbildervortrag
Im Auto nach Sizilien.
 Heute Samstag, nachm. 4 Uhr, abends 8 Uhr.
 Montag, den 12. Jan., Dienstag, d. 13. Jan., abends 8 Uhr.
 Vorverkauf: **Musikhaus Müller**, Kaiserstrasse.
 Preise: Mk. **1.70, 1.50, 1.—, 0.60.**
 Studierende und Schüler gegen Ausweis halbe Preise.

Städtische Festhalle

I. Großer Maskenball

am Sonntag, den 11. Januar 1925
 veranstaltet von der
 „Freien Turnerschaft Karlsruhe“
 Saaleröffnung 7 Uhr Saaleröffnung 7 Uhr
 Ballorchester: Karlsruher Musikverein
 Von 10 Uhr an **Schrammelmusik im Biertunnel**
 Eintrittspreise einschl. Steuer und Tanz im Vorverkauf Mk. 2.50, an der Abendkasse Mk. 3.—
 Karten sind im Vorverkauf zu haben: Zigarrenhaus **Feitz Tipper**, Ecke Kriegs- und Rippurrstraße und Filiale Kaiserstraße 133, Ecke Kreuzstraße, **Volksbuchhandlung**, Adlerstr. 43, Gasthaus zur **Gambriushalle**, Erbprinzenstraße 30, **Drei Linden**, Mühlburg, **Georg Friedrich**, Ecke Gerwig u. Georg Friedrichstraße, sowie im Büro des Deutschen Verkehrsverbundes, Kronenstraße 3
 Mitglieder des Arbeiter-Turn- u. Sportbundes erhalten gegen Vorzeigung des Mitgliedsbuches am **Sonntag abend von 8 Uhr an im Lokal „Zur Gambriushalle“** Mitgliedskarten zuzüglich Einlaßgebühr zu Mk. 1.80.

„Typographia“ Karlsruhe

Voranzeige!

Masken-Ball

„Eine Nacht in Aegypten“
 mit Freilichtführung
 am **Samstag, den 24. Januar 1925**, abends 8—3 Uhr, in der
Städt. Festhalle Karlsruhe

Badisches Landestheater

Samstag, den 10. Januar, 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr (4.50)
 A 14, Th.-Gem. 2501—2700, 3701—4000.
Liebfrauenmilch.
 Sonntag, den 11. Jan., 6—9 Uhr, (7.—), D 13,
 Th.-Gem. 1701—2000, 4501—4800
Othello (Oper)
 Desdemona: Hilde von Alpenburg-Eberbach a. G.
Konzerthaus.
 Sonntag, den 11. Jan., 7 bis 9 1/2 Uhr. (3.50).
 in der Neuenstudierung: 240
Jugendfreunde.

Gute Ware für wenig Geld!



Vom 7. bis 17. Januar
Großer Inventur-Ausverkauf

Auch dieses Jahr bringe ich während dieser Zeit grosse Posten guter

Damen - Konfektion

zu aussergewöhnlich billigen Preisen zum Verkauf.

Daniels Konfektionshaus Wilhelmsfr. 36
 1 Treppe
 Keine Ladenspesen — Keine Personalspesen.

Palast-Sichtspiele

Herrenstr. 11 Telef. 2502

Ab heute



GARRAGAN

Die Geschichte eines ausserordentl. Schicksals nach dem weltbekannten Roman der „Berliner Illustrierten Zeitung“ von Ludwig Wolff.
Der beste Film der Saison!

In der Hauptrolle: **Edward Burns als Garragan**

Wir bitten unsere w. Besucher höflich, die Nachmittags-Vorstellungen berücksichtigen zu wollen.

Eintrachtsaal

Dienstag, 13. Januar, 8 Uhr
Lustiger Abend
Marcell Salzer

Anlese hellester Meisterstücke und Neues. 638
 Karten zu 4.—, 3.—, 2.— u. 1.50 Mk. bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Konzerthaus

Donnerstag, 12. Jan., abends 8 Uhr
TANZ-ABEND
 der Meisterschülerinnen
Eise Eberle u. Martha Krüger
 in ihren eigenen Tänzen aus der Tanzschule 614
Richard Allegri
 Am Flügel: Nikola Lopatinoff.
 Karten zu 4.—, 3.—, 2.— und 1. Mk. bei
Kurt Neufeldt, Waldstr. 39

Storchengesellschaft Thalia I

Sonntag, den 10. Januar 1925, nachmittags 7 Uhr

Weihnachts-Feier

mit Theater und Ball im unteren Saal des Kaffee-Rouad, Stühlingerstrasse. 617
 Freunde und Gönner sind freundlich eingeladen.
 Der Vorstand.

Freie Turnerschaft Hagsfeld

Hiermit laden wir unsere verehrten Mitglieder zu unserer am **Sonntag, den 11. Januar**, im Galkhaus zum „Bahnhof“, nachmittags halb 3 Uhr stattfindenden

General-Versammlung
 ergebenst ein. Wegen Eingang wichtiger Anträge ist auch vollständiges Erscheinen der Faschen erwünscht. 71
 Der Vorstand.

COLOSSEUM

Täglich 8 Uhr abends 614
Variété-Vorstellung.

Sonntag mittag halb 3 Uhr

Pokalspiel auf dem Frankoniaplatz
Mühlburg-Frankonia

Inventur-Verkaufs

Während des kommen große Posten zurückgesetzte

Herren-Hüte

Woll- und Haarfilz, steif und weich zum Verkauf
 Preise: Mk. **1.50, 2.50, 3.50**
Mützen
 zu Mk. **1.—** und **2.—**
 bei
Wilhelm Bauer
 Kaiserstraße 84. 611

Inventur-Verkauf

Nur Qualitätswaren!
 Restbestände in Gardinen, abgepaßt u. Stückwaren / Garnituren in Tüll, Etamine u. Madras / Stores / Bettdecken / Tischdecken / Wolldecken / Diwanddecken, zum Teil leicht angestaubt
Bedeutend im Preise ermässigt!
 Vertrieb von Erzeugnissen sächs. Gardinenfabriken
 Karlsruhe i. B. **G. HOYER** Waldstr. 12

Mein Lager in

Herren- und Damenstoffen

unterstelle ich einem vollständigen 884

Inventur-Ausverkauf

Obwohl meine Preise bereits allgemein als außergewöhnlich billig anerkannt sind, habe ich dieselben weitgehend herabgesetzt.

Enorme Auswahl in

Anzug- und Ulsterstoffen

Gabardine, Shipeord, Keitcord, Flansch, Loden etc.

Besichtigen Sie meine

herausragend schöne Stoffe in schwarz, blau, marengo etc. für Gesellschafts-Anzüge

Beste Gelegenheit f. Wiederverkäufer u. Schneidermeister

Buch Waldstr. 66

Nähe Sofienstraße.

Was ist Knorr-Suppenwurst?

Eine Freundin der praktischen Hausfrau.

Mit Knorr-Suppenwurst macht man rasch und bequem 6 Teller gut schmeckende Suppe für 35 Pfg.

Grünkern, Tomaten, Blumenkohl, Pilz, Krebs, Ochsenschwanz, Spargel,

Bürgerauschuß-Verammlung.

Ich berufe die Mitglieder des Bürgerauschusses zu einer öffentlichen Versammlung auf Freitag, den 16. Januar d. J., nachm. 4 Uhr, in den

kleinen Konzertsaal.

Tagesordnung:

1. Verkündung der städtischen Rechnungen für das Rechnungsjahr 1924/25.
2. Beschaffung von Anhängern für die städtische Straßenbahn (54).
3. Kaufleistung der Schlauchbohrer (64).
4. Luftverkehr mit Karlsruhe (61).
5. Erlass der Kosten für Straßen-, Gehweg- und Kanalherstellung durch die Anlieger (62).
6. Erwerb von Grundstücken im Rielinger Feld, in den Stadtteilen Mühlburg, Daxlanden, Beierthelm, Ruppurr und Rinsheim sowie im Stadtgebiet (56).
7. Verkauf des Grundstücks Gab. Nr. 15 472 Ede Warr- und Quertrabe im Stadtteil Daxlanden an den Mieter- und Bauverein e. V. m. b. H. hier (58).
8. Verkauf von Grundstücken Ede Weinbrenner- und Herbertrabe (Gab. Nr. 4113) beim Überlassung im Erbbaurecht (59).
9. Verkauf von Grundstücken im Stadlög zwischen Bahnhofstraße, Klotzstraße, Schneise- und Siedenstraße (Gab. Nr. 6091) beim Überlassung im Erbbaurecht.
10. Verkauf des Grundstücks Gab. Nr. 5851/15 an der Siedenstraße (58).
11. Wohnungsbau 1925 (63).
12. Gewährung eines Darlehens an die Karlsruhe Bauindustrie G. m. b. H. (55).
13. Dienstwohnung des Oberbürgermeisters (57).

Bei der Sitzung — von 3 Uhr 40 Minuten bis 1 Uhr 10 Minuten — haben die Erwerbsberechtigten zwei Mitglieder des Stützvereins der Arbeiter- und Arbeiterinnenvereine und die Erwerbsberechtigten ein Mitglied des Verwaltungsrates des Arbeitervereins Karlsruher, den 9. Januar 1925.

Der Oberbürgermeister.

Besuchen Sie bitte in Ihrem eigenen Interesse das

Baubund-Möbelhaus

Karl-Friedrichstraße 22, am Rondellplatz.

Durch Großeinkäufe für unsere sämtlichen Zweigstellen in Baden bieten wir unserer werten Kundschaft aussergewöhnliche Vorteile beim Einkauf durch grösste Auswahl

Billigste Preise! Grösste Zahlungsverleichterungen!

Lassen Sie sich vor jedem Möbeleinkauf von uns kostenlos beraten!

Baubund-Möbelhaus

Bad. Baubund, G. m. b. H.

Karl-Friedrichstr. 22 (Rondellpl.), Fernruf 5157

Städtische Sparkasse Karlsruhe.

Die erfreuliche Zunahme der Spareinlagen bei der städtischen Sparkasse Karlsruhe in den letzten Monaten beweist die allgemeine Wiederkehr der Einsicht, daß nur Sparen wieder zu wirtschaftlicher Erholung führt. Das Sparen kann bei der Sparkasse in 2 Formen erfolgen, entweder durch

Einzahlung auf Sparbuch

oder durch

Eröffnung eines Girokontos,

das dem hergebrachten Zahlungsverkehr dient. Zum Zwecke der allmählichen Wiederansammlung des für die Wirtschaft notwendigen Kapitals muß in alle Volksschichten die Erkenntnis dringen, daß alle irgendwie verfügbaren Geldmittel entweder als Spareinlagen, wenn es sich um dauernde Anlagen handelt, oder als Girokonten, wenn vorübergehende Verwendung in Betracht kommt, angesammelt und der Wirtschaft zugeführt werden müssen. Die Sparkasse wird die eingebundenen Gelder in der sichersten und schnellsten Weise dem Gewerbe und Handel wieder zuführt, sowohl in der Form der Kreditgewährung, wie auch im Hypothekengeschäft. Die Gewährung von Darlehen gegen Hypothek belegt das Baugeschäft und damit die gesamte Wirtschaft.

Die Anlage von Sparbüchern im Hypothekengeschäft, d. h. auf lange Zeit, ist jedoch nicht möglich, wenn die Einleger ihr Geld nur täglich liquid einzahlen. Erst wenn Einlagen in genügendem Maße wieder anfallen, d. h. mit mehrmonatlicher Kündigung der Sparkasse zur Verfügung stehen, kann sie in entsprechendem Umfang Darlehen gegen Hypotheklichen Eintrag gemähren. Daß diese langfristige Anlage jetzt unbedingt gefordert ist, dafür bürgt die Betriebsamkeit der neuen Reichsmarkwährung. 241

Städtisches Sparkassenamt.

Für Hasen — Kanin — Rehe Füchse — Marder — Iltis Wiesel — Dachse etc.

zahlt reell und die höchsten Preise

Gross-Kürschner Wilh. Zeumer

Kaiserstrasse 125/27.

Garantiert reines

Schweine-Schmalz

amerikanisches

1 Pfund-Paket 95 Pfg.

100 Pfg. jeinliche ausgefallene Ware

Deutsch raffiniertes

Schweine-Schmalz

1.18

Pfannkuch

Pfänder-Versteigerung

Am Mittwoch, 14. Jan. ds. Jrs., vormittags von 9 Uhr an, und nachmittags von 2 Uhr an, und am Donnerstag, 15. Jan., von 9 Uhr an, findet im Versteigerungslot des Verhändlers: Schwannstraße 8, 11. Stock, die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 13 773 bis mit Nr. 18 271 gegen Versteigerung statt. Zur Versteigerung kommen: Fahrrad, Nähmaschine, Koffer, Schuhschrank, Herren- und Damenkleider, Wäsche, Bettwäsche, gold- und silberne Brillen, Ringe, Schmuck und Musikinstrumente.

Ferner mehrere 1000 m Stoffe aller Art, Fahrräder und Nähmaschinen gelangen erst am 2. Tage zur Versteigerung. Das Versteigerungslot wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Käufe finden am Versteigerungstage und am Tage vorher nachmittags geschlossen. 232 Karlsruhe, 7. Jan. 1925. Eids. Handeltische.

Kein Husten mehr

Dr. Bubbers schwarzer Johanniskrautsaft.

H. Reichard, Engel-Drogerie, Werderpl. 4, Drogerie Dehn, Nächst. Inh. Karl Roth, Zähringerstr. 55, Karl Roth, Drogerie, Herrenstr. 26/28, Herrenstr. 35, Wilhelm Tscherning, Amalienstraße 19.

Geschäfts-Empfehlung.

Daß unter heutigem Tage in der Amalienstraße 33 ein

Blechnerei- u. Sulfatationsgeschäft

eröffnet und empfehle mich dem werten Publikum zur Übernahme sämtlicher Bleicharbeiten sowie Reparaturen in sachmännlicher Ausföhrung.

Wohnung: Jollystraße 15.

Joseph Rieger.

Blechnereier und Anfallarbeiten.

+ Geschlechtsleiden +

und alle chronischen Krankheiten, auch die hartnäckigsten Männer- u. Frauenleiden, die bisher nicht behandelbar waren, werden durch die bahnbrechende Erneuerung giftiger Naturheilung ohne Verunsicherung!

Augendiagnose!

Spezialist Dr. E. Schmidt's

Homöopathie und Biochemie

Berlin W 35, Schöneberger Ufer 10

3 Minuten Potsdamer Weg

Ausflärende Wirkung gegen 50 Pfg. Leiden angeben.

Empfehle mein reichhaltiges Lager in

feinen Solinger Stahlwaren

wie Taschenmesser, Tischbestecke, Scheren, Alpacabestecke und meine

la Rasierrmesser

eigener Fabrikation, sämtliche Rasierutensilien.

H. Tintelott, Amalienstr. 43 Tel. 4182.

Offene Stellen:

Aufbereiter, Robeilleschloffer, Antogenischweizer, selbst. Elektromonteur (sowohl für auswärts), selbständige Bau- und Möbelschreiner, 1a Großstädtschneider, Dekorations- und Schriftmaler, Hotel-Schmuck, Tischmaler, Landwirt, Dienstmädchen, Bäckerin, 1. Kraft, Alleinmädchen (mit Zeugnis), 1a. Verkäufer für Lebensmittel- und Kolonialwaren, Stenotypistinnen mit franz. und engl. Sprachkenntn., perfekte Stenotypistin ohne Sprachkenntnisse.

Bewerbungen wollen Angaben über Alter, Familienstand, besondere Fähigkeiten und wünschlich. Zeugnis beifügen beigefügt werden.

Gesucht werden:

Schreibern für weibliche Berufe aller Art.

Arbeitsamt Baden-Baden.

1924er Apfelwein

aus garantiert gefundenen Schweizeräpfeln hergestellt, gibt langsam schmeckend ab.

Einliterpreis pro Liter 22 Pfg. ohne Steuer

Preis pro Liter 24 Pfg.

Bräuerei Sinner u. Co.

Karlsruhe-Grünwinkel. 651

Bekanntmachung.

Wir machen unsere Kundschaft darauf aufmerksam, daß wir am hies. Platz für den Verkauf unserer sämtl. Wörishofener-Artikel eine Niederlage errichtet und diese der untergenannt. Firma übertragen haben.

Hof-Apotheke, Karlsruhe, Kaiserstr. 301

Wörishofener - Naturheil - Zentral, Elbertald.

Bin wieder bei allen Krankenkassen als Facharzt für Haut- u. Geschlechts-Krankheiten tätig.

Dr. med. Max Gumpfich

Gartenstr. 11 Tel. 885

Sprechst. 10-1 3-6 Uhr

Berein gegen Haus- und Straßennetze.

Einladung zur Hauptversammlung am Dienstag, den 13. Januar ds. Jrs., abends 7 1/2 Uhr, im kleinen Saal des Radr. Konzerthauses.

Tagesordnung: 244

1. Aufgabe und Zweck des Vereins
2. Wahl des Vorstandes
3. Festlegung des Jahresbeitrags
4. Aufzählung von Mitgliedschildern
5. Aufgabe von Wohlfahrtsarbeiten
6. Verschiedenes.

Sauer, 1. Bürgermeister

Gänselebern

(auf zu höchsten Tagespreisen 44.00)

H. Wenner

Mühlburg, Hardstr. 11.

Chaiselongues,

alle Arten Polstermöbel, Neuaufrichtung sowie Reparaturen gut und billig

Kammerer

26 Erbsengartenstraße 26

reines streichbares Pflanzenfett

70 Pfg.

1 Pfd. 74 Pfg.

Kokosfett

1 Pfd. 65 Pfg.

Pfannkuch

Frauenhaare.

Doktor Beder Haarhandlg.

1924 Inventur-Verkauf 1925

Einige Beispiele:

Günstigste Einkaufsgelegenheit zu vorteilhaften Preisen!

Wäsche

Damen-Trägerhemd	1.95, 1.35	95
Damen-Hemd Achselschluß	2.95, 2.20	1.90
Damen-Beinkleider	1.95, 1.75	1.50
Untertaillen	1.25	95
Prinzebröcke	4.00, 3.90	3.20
Unterrockstickerei per Mtr.	60	45

Schürzen

Damen-Schürzen Wiener Form	1.10
Damen-Schürzen Jumper Form	1.60
Bund-Schürzen	1.50
Kleider-Schürzen 44-48	5.40
Mädchen-Hänger-Schürzen	
45	1.30
50	1.40
55	1.55
Mädchen-Schul-Schürzen	
60	1.35
70	1.60
80	1.95
90	2.10

Taschentücher

Herrentuch weiß	Stück	20
Herrentuch halbleinen	Stück	60
Herrentuch weiß mit Kante	1/2 Dz.	2.60
Damentuch festoniert und gestickt	3 Stück	70
Damentuch la Macco mit Hohnaht	Stück	45
	6 Stück	2.50
Farbige Jaconettücher 50 cm groß	Stück	55

Kinder-Strümpfe

1x1 gestrickt	Gr. 1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12	
	Paar	35	40	45	50	55	60	65	70	80	80	90	90
schwarz und Leder	3 Paar	95	1.10	1.25	1.40	1.50	1.70	1.85	2.-	2.25	2.25	2.50	2.50

Wollwaren

Kinderflausch-Mäntel	Größe 45, 50, 55	Stück	3.90
Kinder-Ueberziehjäckchen	mit Mütze	Stück	4.90
Kinder-Flauschjäckchen		Stück	2.70
Damen-Strickjacken	lang		19.50, 14.50
			11.50
Kinder-Mützen			90

Strümpfe

Damen-Strümpfe	schwarz, grau, beige	Paar	45
	mit verstärkter Ferse u. Spitze	3 Paar	1.10
Damen-Strümpfe	mit verstärkter Sohle	Paar	65
		3 Paar	1.85
Damen-Strümpfe	schwarz Seiden-griff	Paar	75
		3 Paar	2.10
Damen-Strümpfe	schwarz Seidenflor, mit Doppelsohle	Paar	1.20
		3 Paar	3.40

Westen

Herren und Damen					
Ser. I	II	III	IV	V	
7.80	9.40	13.50	14.50	15.50	
Ser. VI ca. 425 g schwer					
22.50					
Kinder-Westen	reine Wolle				
Gr. 40	45	50	55	60	
4.20	5.20	6.20	7.20	8.60	

Die im Inventur-Verkauf gekauften Waren sind vom Umtausch ausgeschlossen.

Paul Burchard